

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Petitzeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Vierzig Jahre Gewerkschaftsbewegung.

Zu Beginn des Jahres 1868 beschäftigte sich der Reichstag des norddeutschen Bundes mit der Gewährung des Koalitionsrechtes an die gewerblichen Arbeiter. Die Sprecher aller Parteien gaben hier bereits die Zusage ihrer politischen Munde, an der Schaffung des Koalitionsrechtes sich zu beteiligen.

Zwar brachte erst das Jahr 1869 der deutschen Arbeiter das Koalitionsrecht; aber man hatte durch die Zustimmung aller Parteien bereits die Sicherheit, daß den früher einseitigen Koalitionen der Arbeiter, die sich die Verbesserung Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Aufgabe setzten, keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden.

Die in der damaligen Zeit am öffentlichen Leben Anteil nehmenden Arbeiter hatten ihre Sammelpunkte in dem von ihnen gegründeten allgemeinen deutschen Arbeiterverein, an der Spitze der Jurist Dr. von Schweizer stand und in den Arbeiterbildungsvereinen, die politisch nicht ganz unabhängig von der liberalen Partei waren. Beide Vereinigungsarten waren aber als Koalitionen, die gewerkschaftlichen Zwecken dienen sollten, nicht gelten. Kein Wunder, wenn in Kreisen, die beiden Vereinen nahestanden, der Gedanke aufkam, die bevorstehende Gewährung des Koalitionsrechtes zur Gründung von besonderen Vereinigungen mit gewerkschaftlichen Aufgaben zu benutzen.

Dr. von Schweizer in Gemeinschaft mit Fritsche, dem Vorsitzenden eines damals schon bestehenden Fachvereins der Holzarbeiter, und mehrere Freunde berieten persönlich, nach der Generalversammlung des allg. deutschen Arbeitervereins es abzusehen hatte, für den 26. Sept. 1869 einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongress nach Berlin ein. Ein diesem Zweck erscheinender Aufruf gab als Zweck des Kongresses an: „Die umfassende frei begründete Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, durch und in sich zum Zwecke gemeinsamen Fortschreitens der Arbeitsbedingungen“. Der Kongress fand statt und waren 206 Delegierte aus 110 Orten erschienen, die angeblich 142 000 Arbeiter vertraten. Neben von Schweizer und dessen Anhang hatte auch Dr. Max Hirsch, ein liberaler Politiker für die Schaffung von gewerkschaftlichen Organisationen, allerdings nach englischem Vorbild, Propaganda gemacht. Mit dem Freunde, Franz Duncker, dem Verleger der Berliner „Freiheit“, und zahlreichen Mitgliedern des Maschinenbauvereins erschien er auf dem Kongress. Gleich zu Beginn des letzteren zeigten sich schon die Gegensätze zwischen den Vertretern des sozialistischen und des liberalen Prinzips. Dr. Max Hirsch mit seinem Anhang den Kongress beschloß der von Schweizer'schen Mehrheit verlassen. Mehr wurde das von Schweizer verfaßte Programm angenommen und die Gründung eines Gewerkschaftsbundes in Untergruppen, nach Berufen geteilt, beschlossen. Sofort organisierten sich eine ganze Anzahl Gewerkschaften, darunter eine solche der Holzarbeiter.

Inzwischen hatte auch Dr. Max Hirsch nicht geruht; am 28. Sept. 1868 ging er und sein Anhang in die Berliner Arbeiterversammlung mit einer Gegengründung. Die für diese geltende Parole proklamierte im Gegentum Programm der sozialistischen Gewerkschaftsrichtung, Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit. Heute bestehende innere Aufbau der Hirsch-Duncker'schen Vereine wurde schon damals in der konstituierenden Versammlung festgelegt.

So wurde die letzte Woche des September im Jahre 1868 zur Geburtswoche der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vierzig Jahre sind seitdem vergangen, eine Spanne Zeit, wie ein Menschenleben. Die Industrialisierung Deutschlands hat mächtige Fortschritte gemacht, gewaltig vergrößert sich auch das Heer der gewerblichen Lohnarbeiter. Im Jahre 1868 gewackelte Gewerkschaftsgedanke ist seitdem nicht erloschen, und fast 2 1/2 Millionen deutscher Arbeiter hat er in den verschiedenen Organisationen vereinigt. Die sozialistische Organisation von 1868 hat, wenn auch eine andere wurde, ihre Grundprinzipien bis heute bewahrt und steht nach wie vor auf dem Standpunkte, die bestmögliche Lösung der Lohnarbeiterfrage erst durch die sozialistische Organisation der Produktionsmittel geschehen kann. Die Ausschaltung der Arbeiter von Vorteilen in der bestehenden Gesellschaft und der feste Hinweis auf das zu erstrebende

Ziel haben den sozialistischen Gewerkschaften Massen von Arbeitern bis in unsere Zeit zugeführt.

Weniger Zugkraft hat das Hirsch-Duncker'sche Programm auf die Arbeitermassen auszuüben vermocht, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiterschaft in dem liberalen Wirtschaftssystem die Ursache ihrer Unterdrückung sah und andererseits dadurch den Glauben an ein ehrliches Meinen der liberalen Politiker mit der Arbeiterfrage verlieren mußte.

Wir christlichen Gewerkschaftler haben uns von den beiden Richtungen losgesagt. Beide Strömungen zeigen antireligiöse, antichristliche Tendenzen und daneben finden sich gesteckte Ziele, die einerseits als Utopien von uns abgetan werden, andererseits zu einer tatkräftigen Gewerkschaftsarbeit nicht begeistern können.

Wenn die christlichen Gewerkschaftler sich in diesen Tagen der Vorgänge in der letzten Septemberwoche des Jahres 1868 erinnern, dann deshalb, weil der Gewerkschaftsgedanke erstmalig kräftig zum Durchbruch kam. Zwar hat es noch viele lange Jahre gedauert, bis der Gedanke der Gewerkschaftsbewegung durch die christlichen Organisationen in seiner Reinheit verwirklicht wurde, aber immer mehr ist die deutsche Arbeiterschaft zu der Erkenntnis gelangt, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß ihr Kraft und Stärke verleiht.

Und überblickt man die Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung, so zeigt sich ihre wohlthuende Wirkung für die Arbeiterschaft überall. Gegenüber dem Kapital hat die Arbeiterschaft in der Gewerkschaft eine machtvolle Vertretung, die eine gerechtere Verteilung des Arbeitsvertrages sichert. Daneben sorgen die Unterstützungsvereine der Gewerkschaften in besonderen Fällen zur Linderung der materiellen Not des Einzelnen. Die Gewerkschaften fördern und fördern noch die geistige Bildung des Arbeiterstandes und sorgen für dessen moralische Hebung. Im Wirtschaftsleben sowohl als auch im kommunalen und politischen Leben wurde durch die Gewerkschaften die rechtliche Lage des Arbeiterstandes verbessert. Unter dem Einflusse der Gewerkschaftsbewegung hat sich die Lage des Arbeiterstandes allgemein gehoben und damit auch die Lage der deutschen Industrie und des heimischen Gewerbes. Für die Gesamtheit des Volkes haben die Gewerkschaften ihre Bedeutung, weil sie anstelle des industriellen Absolutismus den industriellen Konstitutionalismus bringen; ein Vorgang von der größten Tragweite für ein Land wie Deutschland, das im Wettbewerb der Industriestaaten auf dem Weltmarkt eine immer größere Rolle spielt.

Es ist etwas Wahres an dem Worte, das der bekante Politiker Jakob Jastrowitz sprach: „Die Gründung eines kleinen Arbeitervereins ist eine größere historische Denkwürdigkeit, wie die Schlacht bei Sedona.“ Die Gewerkschaftsbewegung verrichtet wahre Kulturarbeit, die, wenn auch oft verkannt, der ganzen Nation von Nutzen ist. Das wird bewiesen durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, und vierzig weitere Jahre werden zeigen, daß der Gewerkschaftsgedanke, wie er in den christlichen Gewerkschaften vertreten wird, die Arbeitermassen in den Stand setzt, das Ziel, ein gleichberechtigtes Glied im Volksgange zu sein, zu erreichen.

Zum Streit um „Jürid“.

II.

Worum dreht sich der Streit? Etwas tatsächlich um einige in der Form scharfe Worte? Ach nein! Diese wurden nur zum Vorwand benutzt für viel wichtigeres. Worum es sich handelt, ist das Streikrecht und die Selbstständigkeit der christlichen Arbeiter bei Verfolgung ihrer wirtschaftlichen, insbesondere ihrer Berufs- und Standesinteressen. Die christlichen Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaft ein notwendiges Organ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eine unvermeidliche Folge der heutigen Rechtsordnung ist. Sie ergibt sich mit Notwendigkeit einmal aus der Trennung, welche im Produktionsprozeß zwischen den Besitzern der Produktionsmittel (den Kapitalisten), und denjenigen, welche ihrer Hände Arbeitsleistung der Produktion widmen (den Arbeitern), eingetreten ist; sie ist ferner eine Konsequenz des Wegfalles der früheren staatlichen Regulierung des Arbeits- speziell des Lohnvertrages und der gesetzlichen Proklamierung des sogenannten „freien“ Arbeitsvertrages. Wie nun der Arbeitgeber das Recht hat, Arbeiter einzeln oder in größerer Zahl einzustellen

und zu entlassen, muß den Arbeitern grundsätzlich zugebilligt werden — unter Beobachtung der gesetzlichen Pflichten und derjenigen des christlichen Sittengesetzes, was selbstverständlich auch für die Arbeitgeber zu gelten hat, — den Arbeitsvertrag einzeln oder gemeinschaftlich zu lösen. Wenn den Arbeitern das Mittel (die gemeinschaftliche Arbeitsverweigerung, der Streik) fehlt, und einer friedlichen Vermittlung kein Nachdruck gegeben werden kann, wird der Arbeitgeber in den weitaus meisten Fällen sich den Arbeiterwünschen gegenüber taub zeigen. Der Streik ist sonach für eine ernsthafte Arbeiterinteressenvertretung ein unentbehrliches Kampf- bzw. Schreckmittel.

Ferner fordern die christlichen Gewerkschaften bei der Regelung des Arbeitsvertrages für die Arbeiter die gleiche Selbstständigkeit, die man den Handwerkern, Kaufleuten, Bauern, Ärzten, Syndikaten, Kartellen u. noch von keiner kirchlichen Seite freitig gemacht hat. Die kath. Fachabteilungen dagegen verwerfen den Streik; in letzter Zeit reden sie wohl davon, daß auch nach ihrer Auffassung mal ein Streik zulässig sei. Für welche Fälle dieses gedacht ist, wird nicht gesagt. Dann sind nach Auffassung der „Berliner“ die Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung „nichts anderes als trügerische Scheinerfolge lediglich dem gewerblichen Mittelstande gegenüber erzielt. Dem koalitierten Großkapital gegenüber erweisen sich die Streikorganisationen schließlich als ohnmächtig und steigern und beschleunigen durch die Ausschaltung des Mittelstandes nur den großkapitalistischen Konzentrationsprozeß und damit die Unterjochung der Arbeiter unter das konkurrenzlose Großkapital“ (Nr. 37 des Arbeiter, Berlin).

Das ist also „Berliner“ Theorie. Und die Wirklichkeit? Das deutsche Handwerk befindet sich gegenwärtig in einem völligen Erneuerungsprozeß. Und daß es den Handwerkern heute schlechter ginge als vor 20 Jahren, wo es in Deutschland nur bedeutungslose Arbeiterorganisationen gab und daher auch Streiks fast nie zu verzeichnen waren, wird kein Mensch behaupten wollen. Im Gegenteil! Auf den Handwerkertagen der letzten Jahre wurden vielmehr günstigere Anzeichen festgestellt. Und dieser Konsolidierungsprozeß ist hauptsächlich der Gewerkschaftsbewegung zuzuschreiben. Durch die Gewerkschaften wurden auch die Handwerker aufgeschreckt und zur Organisation getrieben. Und durch die Tarifverträge mit mehr einheitlichen Löhnen ist der Schmutzkonkurrenz im Handwerk mehr gesteuert worden, als die Handwerker aus sich heraus dieses jemals hätten durchsetzen können. Aus diesem Gesichtswinkel heraus vertrat kürzlich ein kleiner Schuhfabrikant im Fabrikantenorgan „Der Schuhmarkt“ die Ansicht: nur die Einführung von Gewerkschaften könne die niederrheinische Schuhindustrie aus ihrer durch Schmutzkonkurrenz und Schleuderpreise resultierenden unerträglichen Lage herausbringen. Und das Fazit der „Berliner“ Theorie ist folgende charakteristische Selbstaussage: Fabrikanten rufen in ihrem eigenen Interesse nach Gewerkschaften, und ein „Arbeiter“blatt spricht sich dagegen aus. Auch gegenüber dem „koalitierten Großkapital“ hat die Berliner Theorie ein Loch. In England und Amerika haben die Arbeiter der Großindustrie, weil stark organisiert, ebenfalls Erfolge zu erzielen vermocht. Und in Deutschland werden, etwa 10 Jahre vergehen, das mag sich der Berliner Arbeiter merken, die Vertreter der Großindustrie ebenfalls mit den „Streik“-organisationen verhandeln. Im Verband der Metallindustriellen Deutschlands ist es mit der Einigkeit über die Verhandlungsfrage längst dahin; der bayrische Metallindustriellenverband hat sich bereits mit den dortigen Metallarbeiterorganisationen verständigt, und im Ruhrrevier erwägen schon eine Anzahl von Geschäftsdirektoren ganz ernsthaft die Möglichkeit von Tarifverträgen für den Bergbau. Diese allmählichen Umformungen der Meinungen im Lager der Großindustrie sind jedenfalls nicht auf den „vermittelnden Einfluß“ der Fachabteilungen oder darauf zurückzuführen, daß Herr Dr. Fleischer dem Reichstage angehört. Denn in Oberschlesien, wo die „Streik“-organisationen noch zu schwach sind und dafür aber „Sitz Berlin“ 36 000 Mitglieder angibt, befassen sich die Vertreter der Großindustrie noch nicht mit ähnlichen Fragen. Auch beruht es nicht auf bloßem Zufall, daß in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie teilweise doppelt so hohe Löhne gezahlt werden, als in der gleichen Industrie Oberschlesiens. Den Leitern der rheinisch-westfälischen Großindustrie sowie der breiten Öffentlichkeit wurde durch eine deutliche Arbeitersprache seit Jahren das Gewissen geschärft. Die Tischler Breslaus dagegen beziehen, weil sie eben organisiert sind, — allerdings nicht in „Sitz Berlin“ — ähnlich hohe Löhne als ihre Kollegen in einer rheinisch-westfälischen Großstadt. Dann sollen die Streiks die „Ausschaltung des Mittelstandes“ beschleunigen. Wie steht es hier mit der Wirklichkeit? Im Handwerksberufe Deutschlands ist noch kein größerer Streik geführt worden. Und dennoch klagt kein Stand lauter gegen die Entroffnung durch die großkapitalistische Entwicklung als

gerade die kleineren Kaufleute. Man sieht: die „Berliner“ Theorien stehen auf dem Kriegsfuß mit der Wirklichkeit; sie zerplatzen vor dieser wie die Seifenblasen in der Luft.

Die gerechte Verteilung des Gewinnes an den Erfolgen der produktiven Arbeit, wie überhaupt die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, soll Berliner Theorien zufolge sich also gestalten:

Das wünschenswerte Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann also gar nicht wirtschaftlicher, sondern nur rechtlicher Art sein. Demgemäß müssen die persönlichen Existenzrechte des arbeitenden Volkes unabhängig vom Kontrakte, den modernen Arbeitsverhältnissen durchaus entsprechend, genau definiert, und mit dem erforderlichen gesetzlichen Schutz gegen den Mißbrauch des wirtschaftlichen Uebergewichtes des Großkapitals und gegen eine schrankenlose Scheinfreiheit des Vertrages umgeben werden. Um dieses Ziel zu erreichen, öffnet die kath. Berufsorganisation ihre Pforten der Kirche. Im Chaos der stillosen und rechtlichen Verwirrung unserer Zeit hängt von ihrer Belehrung, ihrem Räte alles ab. (Berliner Arbeiter Nr. 37).

Der Schreiber dieser programmatischen Zeilen hat anscheinend gar kein Verständnis dafür, welche gewaltigen Schlag er mit solchen Theorien der kirchlichen Autorität verfehlt. Wenn von deren „Belehrung, ihrem Räte schließlich alles“ abhängt, warum wurde denn mit dieser „Belehrung“ so lange zurückgehalten, warum wurde seitens der kirchlichen Behörden den wirtschaftlichen „Kampfkämpfen“, (ein dem „Berliner“ Sprachgebrauch entliehenes Wort), die doch in Deutschland schon seit circa 20 Jahren mehr oder minder scharf andauern, nicht schon früher Einhalt geboten? „Da sind wir Wilde doch bessere Menschen!“ Wir wollen dem Berliner „Arbeiter“ sagen, woran das liegt: der Macht der Kirche sind in einer materialistischen Zeitströmung, insbesondere gegenüber dem vielgestaltigen Wirtschaftsprozess sehr enge Grenzen gezogen. Mit dieser unserer Meinung befinden wir uns in guter Gesellschaft. Am 13. November 1904 jagte nämlich Herr Kardinal Fischer in derselben Kölner Versammlung, in der er die christlichen Gewerkschaften warm empfohlen hat:

„Viel mehr Mitglieder müssen sie (die christlichen Gewerkschaften) zählen, damit sie den großen Aufgaben gewachsen sind. Ich gönne Ihnen von Herzen, wie es die Priester, Bischöfe und der Papst es Ihnen gönnen, eine gute Ausgestaltung der wirtschaftlichen Lage. Was wir dabei tun können, werden wir tun, wir können eben in dieser Hinsicht nicht viel tun.“

„Berlin“ zufolge hängt von der Kirche, ihrer Belehrung und ihrem Räte schließlich alles ab, während der beauftragte und tatsächliche Repräsentant der kirchlichen Autorität erklärt, „nicht viel tun“ zu können.

Wer hat nun Recht, „Siz Berlin“ oder der Vertreter der Kirche? Man könnte ob solch verwegenem und geradezu leichtfertig aufgestellter Theorien glauben, die Fachabteilungs-

fürher würden ihren Kopf vor den Tatsachen der Wirtschafts-entwicklung in den Sand stecken. Wie ist es in dieser Hinsicht bestellt? Die hauptsächlichsten modernen Industrieländer sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Deutschland. Unter den mehr als 80 Millionen Einwohnern der Vereinigten Staaten von Nordamerika befindet sich nur ein kleiner Prozentsatz Katholiken, in England unter ca. 35 Millionen Einwohnern noch kaum zwei Millionen Katholiken und in Deutschland unter rund 62 Millionen Einwohnern etwa 23 Millionen Katholiken. Darunter befindet sich überall ein großer Bruchteil, der sich von seinen ehemaligen religiösen Grundsätzen losgesagt hat. Wie soll da die katholische Kirche, wo gerade in den ausschlaggebenden Industrieländern zu ihrer Gemeinschaft nur ein geringer Prozentsatz Arbeitgeber sich bekennt, in das „Chaos der stillosen und rechtlichen Verwirrung unserer Zeit“ eingreifen? Dieses Rezept müßte erst noch erfunden werden. Bleibt also übrig die Gesetzgebung! Glaubt nun Herr Dr. Fleischer ernsthaft daran, daß man einstweilen und in absehbarer Zeit in irgend einem größeren Parlamente sich mit seinen theoretischen Verrücktheiten beschäftigen werde? Weder die Regierung noch irgend eine der bürgerlichen Parteien ist dafür zu haben, die gegenwärtige Wirtschafts- und Rechtsordnung wesentlich umzugestalten. Herr Dr. Fleischer soll doch einmal im deutschen Reichstage die Verwirklichung seiner Theorien versuchen. Auch die Regierung müßte noch geboren werden, welche für die vom „Siz Berlin“ geforderten Zwangs-schiedsgerichte, gegen den Willen fast der ganzen Arbeitgeber-schaft, insbesondere aber der Vertreter der Großindustrie, zu haben wäre. Einstweilen macht die Regierung noch Vereins-gesetze mit „Sprachenparagrafen“, die der Großindustrie auf den Leib zugeschnitten sind, wie auch deren Vertreter an der Beseitigung von Ministern aktiven Anteil nehmen. Bei der Verabschiedung der letzten Gewerbegerichts-novelle konnte selbst unter Posadowsky der Verhandlungszwang der streitenden Parteien vor dem Gewerbegericht nicht erzielt werden; lediglich auf den Entscheidungszwang ist man eingegangen.

Eine größere Aussicht als die von den Herren Savigny und Fleischer zusammengebrachte „Rechtsordnung“ hat selbst der sozialdemokratische Zukunftsstaat; dahinter stehen wenigstens noch Massen. Und mit dem Glauben an den Zukunftsstaat geht es beinahe selbst im sozialdemokratischen Lager sehr bergab; in Süddeutschland sucht man sich allenthalben in dem „Klassenstaat“ einzurichten. Die Wirtschafts-entwicklung hat sich von den sozialdemokratischen Theorien nicht stören lassen und wird ihren Lauf auch weiter nehmen, ohne irgend welche Rücksicht auf die ausgebrüteten Phantasereien von „Siz Berlin“.

So lange also unsere heutige Rechtsordnung besteht, — und diese soll menschlicher Voraussicht und sicherem Vernehmen nach noch sehr lange bestehen bleiben — wäre es eine

himmelschreiende Ungerechtigkeit, den Arbeitern das Streikrecht beschneiden zu wollen. Gestreikt wird, wenn voraussichtlich auch seltener — es bestehen heute schon ca. 8000 Tarifverträge mit rund einer Million davon betroffener Arbeiter, und die Tarifbewegung macht zweifellos weitere Fortschritte — auch in der Zukunft werden, mit oder ohne christlich organisierte Arbeiter. Und wer letzteren die Teilnahme am Streik verbieten würde, würde lediglich die Reihen der sozialdem. Organisationen stärken. Wenn aber der Streit katholischer Arbeitern nicht verboten werden kann, dann ist es jedenfalls auch für eine Kirchengemeinschaft vorteilhafter, wenn sie sich für die Interessentkämpfe der Arbeiter ebensowenig engagiert wie bei den übrigen Interessengruppen. Damit ist die Notwendigkeit der Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften, wie wir sie verstehen, gegeben. Sind diese aber selbstständig, dann ist für die Aufgaben, die sie sich gestellt haben — Regelung der Fragen des Arbeitsvertrages — die Frage der Interkonfessionalität nur noch mehr oder minder eine Zweckmäßigkeitfrage. In einem Lande mit konfessioneller gemischter Bevölkerung und starker sozialdem. Bewegung bedeutet jede nicht dringend gebotene gewerkschaftliche Zersplitterung der christlichen Arbeiter eine unfreiwillige Förderung der sozialdem. Organisationen. Die Gründe dafür wurden in Zürich beweiskräftig dargelegt.

Wenn die christlichen Gewerkschaften aus guten Gründen so stark auf ihre Selbstständigkeit bestehen müssen, so ist damit aber nicht gesagt, daß niemand Einfluß auf die Bewegung ausüben könne. Gewerkschaftsorganisationen müssen Massenorganisationen sein. Die christlichen Gewerkschaften können daher, um von ihren Anhängern verstanden zu werden, als größere Freie nicht in geheimen Konventikeln erledigen, sondern müssen dieses in der breitesten Öffentlichkeit tun: in Versammlungen und in der Gewerkschaftspresse. Und wenn bei den Handlungen der christlichen Gewerkschaften Verstöße gegen das christliche Sittengesetz oder gegen staatliche Gesetz unterlaufen sollten, bestreitet den kirchlichen Organen, die Presse, den konfessionellen Arbeitervereinen u. niemandem das Recht der Warnung und der Kritik. Ein einfaches Hinwegsehen oder Ignorieren von begründeten Warnungen oder berechtigter Kritik müßte naturgemäß zur Spaltung, mindestens aber zur Schwächung der christlichen Gewerkschaften führen; die diese ihrer Selbsterhaltung willen zu vermeiden suchen müssen. Dann sind die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht bloß Arbeiter, sondern auch Christen — Nichtchristen genügen in Deutschland ihrer Organisationspflicht nicht bequemer in den sozialdem. Gewerkschaften — und gehören größtenteils den konfessionellen Arbeitervereinen und bürgerlichen Parteien an, wo auf sie nach den verschiedensten Richtungen hin eingewirkt werden kann. Die christlichen Gewerkschaften wurden hauptsächlich geschaffen aus ideellen Gründen; deren Führer haben stets die Berechtigung

Die „Berliner“ auf dem Kriegspfade.

In den Tagen vom 20.—23. September ließ das katholische Arbeitersekretariat Waldenburg durch den Sekretär Bull-Breslau vier Agitationsversammlungen abhalten. Als Thema wurde behauptet: „Was will der katholische Arbeiterverband im Gegensatz zu den gegnerischen Gewerkschaften?“ Die christlichen Gewerkschaftler wissen, welche große Aufmerksamkeit die Leitung dieses Verbandes unseren Führern entgegen sieht. Als Beweis nennen wir die Behandlung der in Zürich abgehaltenen internationalen Konferenz. Bereits sieben Nummern des Berliner „Arbeiter“ bemühen sich, die in Zürich zur — Erhaltung der Selbstständigkeit unserer Bewegung gesprochenen Worte zu verzerren. Es sollen die Bischöfe beleidigt, die kirchliche Autorität mit Füßen getreten sein u. dgl. mehr. Diese und andere Umstände sollen eine Teilnahme an obigen Versammlungen seitens der christlichen Gewerkschaftler unmöglich erscheinen. Weiteres waren die „katholischen Arbeiter“ auch eingeladen; demnach hätten unsere Kollegen die Leute wohl in der Folge unter sich gesehen, wenn der Referent sich nicht schon in der ersten Versammlung in Dittersbach in der Hauptsache mit den christlichen Gewerkschaften beschäftigt hätte, in welchem Sinne versteht sich von selbst. In Dittersbach wurde den Herren volle Schlußfreiheit gegeben.

Zur Waldenburger Versammlung (Montag, den 21. Sept.) war Kollege Rüper-Salzbrunn vom Zentralverband christlicher Arbeiterarbeiter erschienen. Zeitnehmer waren ungefähr 40 Männer und eine ungefähre Anzahl weiblicher Personen, außerdem die Vorgesandtschaft von Waldenburg und die „Berliner“-weitererredakteur Müller. Der Referent Bull begann zu reden, und pafte die alten verstaubten Schemata, die zur Rechtfertigung des Berliner Systems notwendig werden, aus. Selbstverständlich kann auch Bull keine aller Gewerkschafts-richtungen für die katholischen Arbeiter in Frage kommen. Zur Veranschaulichung der Gewerkschaften und zum Besitze der „Unabhängigkeit“ des „Einheitsprinzips“ müssen die verlorrengegangenen „Arbeits“ und des bedauerlich verlorrengegangene Rationalvermögen herhalten. Den christlichen Gewerkschaften insbesondere galten folgende Redewörter: „Die christlichen Gewerkschaften gehen an dem Rand zum in der Kämpferzeit; — sie haben in Zürich einen erheblichen Ruf nach sich getan; — sie gehen (nach Effect) in allen wirtschaftlichen Fragen mit der Sozialdemokratie. Die christlichen Gewerkschaften betonen die Arbeit als Ware; wäre nicht der Verband der katholischen Arbeitervereine (Siz Berlin), so wären die christlichen Gewerkschaften längst zu den Sozialdemokraten übergegangen.“ Diese und ähnliche verkehrte Redewörter bilden die Fülle des Bull'schen Redens. Mit der mehrfachen Benutzung auf die „Einheits“- „rerum novarum“ wurde schließlich alles wieder „gut“ gemacht. Nach 1 1/2 stündiger Dauer fand der Referent seinen Abschluß, aber das war ein Wort über die gewerkschaftlichen Einheits vom „Siz Berlin“ gesprochen worden war. Warum wohl nicht?

In der Diskussion sprach als erster Redner Kollege Rüper. Er wies an Hand zahlreicher Beispiele die Unrichtigkeit der Behauptungen vom Siz Berlin, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, und wie sehr sich die großen Fortschritte und Erfolge der christlichen Gewerkschaften an. Die katholische Fachabteilung beschränkt sich durch die unzählige, durch nichts begründete Behauptung der katholischen Arbeiter letztere nicht nur wirtschaftlich, sondern sogar religiös. Redner mußten die Mitglieder bei der Diskussion der Fachabteilung-Schwärzung des Bezirkes in der Diskussion des Bezirkes Waldenburg zum in wirtschaftlichen Dingen verfahren. Ganz ungeheuer

verwehrt sich Redner gegen die Anschuldigungen. Die christlichen Gewerkschaften betrachten die Arbeit als Ware“ und „Recht gehe ihnen vor Recht.“ Er wies nach, daß gerade die „Berliner Richtung“ durch ihre Zersplitterung dahin wende, daß die Arbeit von manchem materialistisch gefärbten Unternehmer noch recht lange als Ware betrachtet werde. Die christlichen Gewerkschaften dagegen arbeiten mit höchstem Erfolge an der Erreichung der persönlichen Freiheit des Arbeiters. Dies beweisen die Erfolge auf dem Gebiete der Tarifbewegung. Zur Entkräftigung der Behauptung „Recht geht vor Recht“ wies Redner hin auf die zu 75% friedlich erledigten Lohnbewegungen im Jahre 1907. Während das Gros der Versammlung den Ausführungen des Redners mit höchstem Interesse folgte, rechneten einige der männlichen Teilnehmer es sich zur besonderen Ehre an, Reden zu machen. Ganz besonders war es ein Mitglied des Arbeitervereins, welches sich durch beleidigende Zwischenrufe wie „Rißhaufen“, „Judas“, „Quatschkopf“ u. dgl. hervorhat. Schließlich verlor der Spötter das Gleichgewicht und fiel mit dem Stuhle um. Die Ursache dieses „Unfalles“ ist zu erraten. — Von da ab wurde der Redekampf ein erregter. Die Versammlung verlor an Interesse, und fand gegen 1 Uhr nachts ihren Abschluß.

Die dritte mäßig besuchte Versammlung fand am Dienstag, den 22. September, in Sandberg statt. Es wurde im Gegensatz zu der vorigen Versammlung wieder ausschließlich gegen die — nach Angabe Bulls keine Bedeutung habenden — christlichen Gewerkschaften gekämpft. Bull sprach 1/2 Stunden. Es wurden nochmals die bis zum Ueberflusse vorgelegten Verdächtigungen gegen die christlichen Gewerkschaften vorgelesen, gewiß zur „höheren Ehre“ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Siz Berlin). Die amnestierten christlichen Gewerkschaftler bewachten die Ruhe, trotz der Provokationen durch den Referenten. In der Diskussion wurden Kollegen Rüper 20 Minuten Redezeit gewährt. Dieser appellierte an das katholische Bewußtsein der Versammelten, betonte die notwendige Einigkeit in wirtschaftlichen Fragen und erinnerte dabei an das großzügige Referat des Herrn Dr. Humm auf der Düsseldorf-Katholiken-Versammlung. Die christlichen Gewerkschaften bedeuten den erlauchten und einzig richtigen Weg zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile für die Arbeiter. Auch widerlegte der Redner die Einwände des Referenten, insbesondere die Anschuldigung: die christlichen Gewerkschaften hätten auf dem Kreislager Kongress 1901 die christlichen Grundzüge preisgegeben. Die wegen des Neutralitätsstreiks in Kreislager-Kongressen, von Bull wohlabsichtlich verschwiegene Resolution, kam zur Verteilung. Der Redner konnte sich gegenüber der systematischen, gebieterischen und öffentlichen Verleumdung der christlichen Gewerkschaften durch die Führer vom „Siz Berlin“ und deren laienhaftiger Benutzung auf die kirchliche Autorität auch auf eine solche, nämlich den Herrn Fürstbischof Kardinal Rupp, Breslau, berufen. Letzterer wies sich zwei christlichen Gewerkschaftsführern gegenüber: „Die katholische Kirche hat gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Tätigkeit nichts einzuwenden.“ Die Ausführungen müßten einem guten Eindruck gemacht haben. Es herrschte eine große Aufmerksamkeit im Saale. Der Versammlungsleiter gestand dies nicht. Man wußte Rat. Während der Ausführungen des Herrn Galle-Altwater sprach Bull und des Bureau auf, dann entstand plötzlich ein Radau. Galle sollte in Bezug auf die Beteiligung der Vereinsmitglieder an religiösen Leben unvorsichtiger Aussagen gemacht haben. Der Versammlungsleiter für diese Behauptung wurde von jener Seite nicht entkräftet. Man konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es sich hier um eine künstlich herbeigeführte Kadavere

handelte, um den für die christlichen Gewerkschaften günstigen Eindruck zu verwischen.

Ein letztes Zusammentreffen brachte die am Mittwoch, den 23. Sept., in Fellhammer stattgefundene Versammlung. Auf sie da — vor Eintritt in die Tagesordnung verkündete Arbeitersekretär Müller mit erhobener Stimme:

„Hier im Saale befindet sich ein Mann, der am gestrigen Abend in der Versammlung am Sandberg unmaßige Behauptungen aufstellte und das ist der Lotengraber Galle. Den Sozialdemokraten hat er, wenn solche dagewesen sind, Material geliefert. Ich fordere Galle auf, das Lokal zu verlassen.“

Galle ging ruhig ohne Widerpruch, trotz der er zu Unrecht beschuldigt wurde. Er verhielt sich durch im Moment schüchtern. Bull referierte wieder um. Er brachte auch diesmal nichts Neues. Die Annahme, hätte wenigstens in dieser Versammlung den „angeblichen Erfolg“ der Gewerkschaften, Erfolge des Berliner Verbandes entgegengestellt, erfüllte sich nicht. Kollege Rüper, der übrigens durch Bull während des Referats in der geschäftigsten Weise provoziert wurde, widerlegte so viel es ihm die kurze Redezeit statte, auch in dieser Versammlung die vorgelegten Verdächtigungen gegen die christlichen Gewerkschaften. In seinem Schlußwort versuchte Bull den Demagogen zu spielen. Die der Sandberger Versammlung in der Diskussion erwähnte die bischöfliche Äußerung lautete nach Bull: „Von der katholischen Kirche sind die christlichen Gewerkschaften nicht verboten“ und fügte er hinzu: „Die sozialdemokratischen und Christ-Dunklerischen Gewerkschaften sind auch von der katholischen Kirche nicht verboten.“ Bull machte noch Mitteilung von einem Schreiben, wonach Fürstbischof Kardinal Rupp einen stimmten Bezirkspräses gemahnt haben soll, das Liebaugeln in den christlichen Gewerkschaftssekretären müsse aufhören und die katholische Arbeiterverband durchgeführt werden. G. Bull, man dann noch dem Kollegen Rüper den Vorwurf, er sei kein guter Katholik, weil er den Wunsch seines Bischofs nicht achte und die christlichen Gewerkschaften agitiere. — Bull muß es ja wissen. Die Hauptsache aber ist, daß Herr Bull und sein Anhang schließlich der Verbandleitung von „Siz Berlin“ nicht als Autoritäten auf diesem Gebiete gelten. Umgekehrt wäre es nicht schlecht bestellt um den Katholizismus. Andere Katholiken werden abweichenden, jedoch einwandfreien Stellungnahme systematisch verdächtigen, kann sicher nicht als Ausweis einer katholischen Gesinnung betrachtet werden. Es gelang die obige von Bull falsch wiedergegebene fürstbischöfliche Äußerung vor Schluß der Versammlung richtig wiederzugeben. Eine große Anzahl von Verdächtigungen sachlicher und persönlicher Art konnten wegen der kurzen Diskussionsredezeit nicht widerlegt werden. Doch eine gemachte Anschuldigung aus Sandberg-Versammlung soll noch niedriger gehängt werden. Bull soll die Möglichkeit bestehen, daß die christlichen Gewerkschaften Schuld an der Entstehung der „Selben“ sind. Gegenüber wird nachgewiesen: „Ein Teil der katholischen Arbeitervereine des Bezirkes Waldenburg hat sich am Verbandsfest „Baterländischen Arbeitervereine“ beteiligt.“ (Sonntag den 6. Sept.)

Was sagt Bull dazu? Will er mehr Beweise?

Alles in allem genommen haben auch diese Versammlungen bewiesen, daß die geschäftige Kampfesweise der Berliner jede Hürtenz in den Schritten stellt. Die katholischen Arbeiter werden ungenötigt auf eine schiefe Bahn gedrückt, zum Nutzen der Sozialdemokratie. Eines aber sollen sich die Vertreter von „Siz Berlin“ merken: Die andersdenkenden katholischen Arbeiter, besonders die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften lassen sich in Schließen nicht leicht verführen. Sie wehren

Verbandsmitglieder! Entfaltet eine rege Herbstagitation!

Notwendigkeit der ideellen Bestrebungen der Christl. Arbeiter anerkannt; sie haben aber auch stets hervorgehoben: die Pflege dieser ideellen Güter hat aus fasssam bekannten Gründen, außerhalb der wirtschaftlichen Interessenvertretung zu erfolgen.

III.

Der Streit um „Zürich“ ist mehr ein häuslicher im katholischen Lager. Daher seien auch nur einige Stimmen außerhalb desselben registriert. Die in den letzten Jahren um ihren ehemaligen Kredit redigierte soziald. „Vergarbeiterzeitung“ meint mit Bezug auf den Düsseldorf Katholikentag, daß dort den christlichen Gewerkschaftsführern „an geeigneter Stelle die „Hosen“ stramm angezogen worden sind“, und „es sei kein Zufall, daß der Kardinal den katholischen Organisationen, nicht aber den katholischen christlichen Gewerkschaftlern seinen bischöflichen Segen erteilte.“ Wie es Herr Kardinal Fischer hätte anfangen sollen, den „katholischen Gewerkschaftlern seinen bischöflichen Segen“ zu erteilen, bleibt das Geheimnis der Vergarbeiterzeitung; dieser ist auch in früheren Jahren den „christlichen Gewerkschaftlern“ nicht erteilt worden, wie er überhaupt nur kirchlichen Organisationen gesendet wird; die christlichen Gewerkschaften wollten aber noch nie als kirchliche Organisationen angesprochen und behandelt werden. Und deren Mitglieder bei konfessionellen Tagungen in zwei Lager zu scheiden, wäre zwar ein frommer Wunsch der „Vergarbeiterzeitung“, den zu erfüllen aber keine Veranlassung vorliegt. Auch die stramm angezogenen „Hosen“ sind nur ein in Bochum ausgebreitetes Phantasieprodukt. — Die christlichen Gewerkschaften Kölns nahmen am 26. August in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu den Delegiertenversammlungen der Züricher Konferenz. Die Versammlung hatte mehr als eine Durchschnittsbedeutung. Sie sollte gegenüber dem vom „Sitz Berlin“ systematisch organisierten Verleumdungsfeldzug Aufklärung verschaffen, was auch weitgehend erreicht wurde. Während nun der „Vorwärts“ (28. August), der einen Originalbericht von der Versammlung machte, schreibt: „Stegerwald bemühte sich denn sofort mit heiligem Eifer, die Ausführungen der christlichen Gewerkschaftsführer in Zürich bedeutend abzuschwächen,“ meint demgegenüber der „Reichsbote“ (2. September), mit der Versammlung sei „der Kampf der christlichen Gewerkschaften gegen die kirchliche Hierarchie akut geworden. Es muß sich nun zeigen, ob letztere den Mut und die Kraft hat, auch den katholischen Arbeitern der christlichen Gewerkschaften den vollen Rest politischer und wirtschaftlicher Selbstständigkeit zu lassen.“ Stegerwald brauchte, da in Wirklichkeit die Züricher Ausführungen in einem anderen Zusammenhang gemacht wurden, als aus der Tagespresse angenommen werden konnte, weder „mit heiligem Eifer... abzuschwächen,“ noch „stark Veranlassung, der Freude des „Reichsboten“ wegen, gegen die kirchliche Hierarchie“ den akuten Kampf anzufangen. Mit dem Programm des „Reichsboten“ ist auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts anzufangen; denn wenn man in den Katholiken auf politischem und religiösem Gebiet das „Scheusal“ sieht, ist ein erspießliches Zusammenarbeiten mit demselben „Scheusal“ auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine Unmöglichkeit.

Das Terrain nach Zürich ist damit sondiert und geklärt. Die angefeindeten Äußerungen einzelner Redner sind unbedeutend und verschärft in die Presse gelangt. Zugegeben kann werden, daß einige Wendungen, die auch unter ehrlichen Munden der christlichen Gewerkschaften mißverständlich aufgefaßt werden konnten, in der Form unangebracht waren. Es haben die betreffenden Kollegen nachträglich selbst zugegeben. Aber welcher Redner hat sich nicht schon mit Worten vergiffen? Die „Berliner“ sind mit ihrem pharisäischen Verleumdungsfeldzug nicht auf ihre Rechnung gekommen, die christliche Gewerkschaftsbewegung ist um eine unabhängige Aussprache zur Vertiefung der christlichen Gewerkschaftsidee reicher und die „Berliner“ werden ihr unüberes Handwerk: die christlichen Gewerkschaften in aufdringlicher Weise bei den einzelnen Herren sich öffnen hinterwärts zu verfeinern, wohl in Zukunft nicht mehr so ungestört ausüben können. So wird die Züricher Konferenz trotzdem und alledem auch ihre Früchte für die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zeitigen. St.

Brüderlichkeit.

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ ist der Schlachtruf der sozialdemokratischen Bewegung, und keine Meinungsverschiedenheit innerhalb der gegnerischen Kreise läßt sich die sozialdemokratische Presse entgehen, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie in der Lage ist, wahre Brüderlichkeit zu werden und zu erhalten. Man kann nun mit Recht verlangen, daß die Anhänger der Sozialdemokratie durch ihr Verhalten die Wahrheit ihrer Lehre bekunden. Ist dieses unmöglich, so ist es ein Wahn, anzunehmen, daß die soziale sozialdemokratische Ordnung jemals den Frieden zwischen den Menschen herbeiführt und allgemein befriedigende Verhältnisse schafft. Wenn jemand eine Welt erobern will, das will ja die Sozialdemokratie, dann muß er den unerbittlichen Beweis liefern, daß er in der Lage ist, die Welt zu regieren. Die Erfahrung beweist nun, daß es nicht einmal innerhalb der Sozialdemokratie möglich ist, die Widersprüche unter einen Hut zu bringen, und die Brüderlichkeit durchzuführen. Eine hervorragende Probe zum Beweise hat wiederum der Nürnberger Parteitag, der ebenso wie der Dresdener „Fingbrunnen“ zeigt, daß die Sozialdemokratie unfähig ist, die eigenen Anhänger zu regieren, und daß die Millionen, die nicht auf das Programm

eingeschworen sind. Nicht nur allein, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, die ein dauerndes gemeinschaftliches Handeln ausschließen, sondern es wurde der Parteitag auch beherrscht durch eine Debatte voll persönlicher Anrempelung und gegenseitiger Beschimpfungen.

Schon vor dem Parteitage wurde der Schimpfkampf eröffnet. Allen voran ist in dieser Beziehung die radikale „Leipziger Volkszeitung“, die unter den größten Ausfällen jeden Parteigänger verketzert, der eine andere Meinung hat wie sie. Genosse Leimpeters nahm dann in Nr. 209 seiner dem Tode geweihten „Saarwacht“ anlässlich der Budgetbewilligung der Süddeutschen und die sich hier anknüpfende Schimpfkanonade der „Leipziger Volkszeitung“ die Gelegenheit, zu erklären, daß viel nötiger als die Verbrennung der süddeutschen „Reger“ eine gründliche Zurechtweisung der „Leipziger Volkszeitung“ wäre,

„die uns in ihrem blindwütigen Zetotismus, in dem Auftreten fanatischer Parteimönche bisher schon mehr geschadet hat, als die Budgetbewilligung der Süddeutschen jemals schaden kann.“

In Nürnberg sollte einmal entschieden werden, ob es zum Nutzen der Partei ist, und ob die „Leipziger Volkszeitung“ schreiben darf, daß das Referat Bömelburgs in Köln höchst oberflächlich war, daß Robert Schmidt ein höchst oberflächliches, leichtes Referat gehalten, daß die Bücher von Schippel, David, Bernstein oberflächlich, leicht, zusammengestoppelte Werke seien. Eine solche Beurteilung ist einfach unerhörte.

Auf die Dauer läßt man sich eine derartige Behandlung doch nicht bieten. Man wird sagen: Laßt sie doch, denn die urteilsfähigen Genossen im Lande halten diese Schreiber für das, was sie sind: Stänker und aufgeblasene Fackel!“

Auch der revisionistische „Genosse“ Peus sah sich gezwungen, aus Anlaß einer persönlichen Anrempelung der „Leipziger Volkszeitung“ zu erklären:

„Wenn ein Votokube über die Wichtigkeit der Spektralanalyse reden würde, käme so geschicktes Zeug, wie die „Leipziger Volkszeitung“ verbricht, auch heraus. Man schnappe doch nur ja nicht über in der „Leipziger Volkszeitung“, weil man Herr auch über eine große Inseratenanlage ist.“

Genosse Peus mußte sich daraufhin gefallen lassen, von der „Leipziger Volkszeitung“ als „Votokube“ bezeichnet zu werden, „der recht alt wird.“

Die Budgetdebatte auf dem Parteitage zeigte dann, daß der „gute Ton“ nicht nur Privileg einzelner, sondern von der ganzen sozialdem. Bewegung in Erbpacht genommen ist. Nur einige Proben:

Zu einer bewegten Szene kommt es, als Rauch-Hannover erklärt: Es gehört nicht viel dazu, eine von Radikalismus triefende Rede zu halten, das kann ich auch, aber es ist nicht jeder gewissenlos dazu. Bebel ruft: Das ist ein Skandal! (Große Bewegung und Unruhe). Als Singer schließlich beschwichtigend sagt, er nehme nicht an, daß der Redner einen anwesenden Genossen damit gemeint habe, und hoffe, daß er das Wort mit Bedauern zurücknehmen werde, ruft Bebel erregt: Das ist eine Feigheit. Jetzt sind sie zu feig, die Wahrheit zu sagen. Ledebour schreit: Pfui, diese Feigheit! Rauch aber fährt in seiner Anklage fort: Es sei in ihm in der letzten Zeit der Verdacht rege geworden, als ob es sich für einzelne der Parteigenossen weniger um die Frage der Budgetbewilligung handele als darum, den der Mehrheit mißliebigen Parteigenossen den Stuhl vor die Türe zu setzen. Die Resolution des Parteivorstandes sei als Vogelstreich auf ein bereits abgeerntetes Ackerfeld gestellt.

Ein Stimmungsbild in der „Kölnischen Volkszeitung“ befaßt dann noch folgendes:

„Was bisher vorgefallen war an Beschimpfungen und Zumüllen waren nur Kleinigkeiten gegen die Szenen, die sich im Rahmen der „persönlichen Bemerkungen“ abspielten. Innäcst wendet sich Singer gegen Segig wegen seiner Vorwürfe gegen den Parteivorstand mit den Worten: Wenn es irgend etwas geben könnte, was einem die Arbeit für die Partei erleichtern könnte, dann ist es die Benutzung von Hintertragerien und Verdrehungen der eigenen Worte. Er erklärt die Behauptung Segigs von einem Gespräch Eberts mit Bebel für eine Hintertreppengeschichte und für unwahr in allen Teilen. (Bebel ruft: Kein Wort ist wahr!) Singer fährt fort: Ist das nicht die Manier hinterlistiger Kämpfer?“

Eisner schildert das Verhalten der Berliner Stadtverordneten dem Budget gegenüber. Bei seinem Eintritt von der Rednertribüne ruft ihm Borgmann (Berlin) erregte Worte zu und droht mit Ohrfeigen. Ebert gibt Aufklärung über seine Unterredung mit Bebel und spricht von perfiden und gemeinen Verdächtigungen und Verleumdungen. Die Verdächtigung, er habe Bebel Vorwürfe gemacht wegen seines Referates, sei unwahr.

Abg. Bebel: Was Ebert sagt, ist reinste Wahrheit, ich bin seit Jahr und Tag krank und wider Willen meiner Ärzte bin ich hierher gegangen. Nach meiner Rede gestern aber jagte ich mir, daß ich es ein zweites Mal nicht riskieren kann, und ich selbst habe Ebert für das Schlusswort vorgeschlagen.

Es folgt eine lange Gegenerklärung Segigs unter höhnischen Zurufen der Berliner und größter Unruhe. Die fürmische Szene aber ereignete sich, als Genosse Zimmerfall erzählte, Ebert habe auf der Treppe zum Postlokal zu Bebel gesagt: „Die Geschichte ist deshalb so verworren, weil Sie nicht mit genügender Schärfe die Resolution des Vorstandes vertreten haben.“ Bebel: Kein Wort davon ist wahr! Zimmerfall: Doch, doch! Bebel: Sie sind ein Lügner! Zimmerfall: Als Lügner lasse ich mich nicht hinstellen. Bebel: Ja, das sind Sie, ein gemeiner Lügner! Große Erregung in Saale. Von allen Seiten erdröhen Zurufe: Zuträger, Horcher, Alles Weid! Ledebour schreit in größter Erregung Zimmerfall zu: Sie können sich irren, aber Bebel kann sich doch nicht irren.

Abg. Bebel nimmt noch einmal das Wort und schleudert Zimmerfall den Vorwurf ins Gesicht, daß er in der elendesten und erbärmlichsten Weise gegen die eigenen Parteigenossen gehandelt habe. Zum Schluß greift Ebert nochmals Segig an. Es sei weniger bedauerlich, daß der Genosse Zimmerfall solche Schwägerereien gemacht habe, wie daß ein Mann

in der Stellung von Segig auf solche elende Schwägerereien hin solche schwere Vorwürfe gegen Genossen erhoben habe. (Langanhaltende Puirufe). Segig sitzt ruhig an seinem Plaze und lacht. Die Sitzung wird darauf vertagt.

Nach der Vertagung bilden sich erregte Gruppen in Saale. Ged und Borgmann reden heftig auf Eisner ein und bedrohen ihn mit den Fäusten. Eisner steht ruhig und lachend vor ihnen und schleudert Ged immer wieder den Vorwurf „Verleumbler“ ins Gesicht. Schier weinend kommt Zimmerfall zu Bebel, um den sich alsbald eine große Gruppe in lebhafter Diskussion bildet. Im Zuhörerraum streiten sich die Arbeitergruppen. Ausdrücke wie „Saufstall“ und ähnliche sind noch das zahmste in der Beurteilung der vorübergehenden Szenen.“

Charakteristisch für die Brüderlichkeit innerhalb der Sozialdemokratie sind auch Ausprüche der Genossen Dieck-Bremen und Frank-Mannheim. Ersterer, der den Mitgliedern des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter bekannt ist durch die Führerrolle in der „Schlacht bei Hemelingen“, glaubte als Schüler der Parteibrillanstalt ältere „Genossen“ abkanzeln zu müssen. Als man ihm die Antwort nicht schuldig blieb und ihm von revisionistischer Seite zugerufen wurde, daß er das Schimpfen wohl auf der Parteischule gelernt habe, erklärte er:

„Ich nehme den Ausdruck Leute zurück, aber ich kann versichern, daß ich vor den Genossen, die ich damit kennzeichnen will, nicht die geringste Achtung als Parteigenossen habe. Ich füge hinzu, daß ich meine Art, zu reden, nicht auf der Parteischule gelernt habe. Ich habe schon vor dem Besuch der Parteischule in dieser Weise polemisiert.“

„Genosse“ Frank glaubte die Lage richtig zu kennzeichnen mit den Worten:

„Bei Parteistreitigkeiten soll man den anderen sagen: „Ihr seid Esel, aber wir fügen uns! Ich weiß, daß die erste Hälfte dieses Satzes manchem von uns sympathisch ist; aber die zweite Hälfte können wir nicht erfüllen.“

So ist es mit der praktischen Arbeit eurer Bewegung bestellt, die über drei Millionen Anhänger zählt. Kein Wunder, wenn da einzelnen „Genossen“ die Erkenntnis dämmert, daß der Krakehl nicht der richtige Ausdruck für die Brüderlichkeit ist. Der Reichstagsabgeordnete Hue war immerhin der einzige, der, ob in einer schwachen oder starken Stunde sei dahingestellt, ein Gefühl für die Armseligkeit des Parteitagess hatte und den Vorwurf erhob, „das Arbeiterparlament“ von Nürnberg für die Räten der Arbeiter keine Zeit übrig gehabt habe.“

Wohlberechtig ist wohl der Spott, den die „Kreuzzeitung“ ob der Brüderlichkeit über die „Genossen“ ausgießt:

„Alle andern Parteien wissen den natürlichen Gegensatz zwischen Norddeutschen und Süddeutschen in ihren freundschaftlich auszugleichen. Nur diejenige Partei, die sich selbst als die „mächtigste Kulturbewegung, die die Welt gesehen hat“, zu bezeichnen liebt, gibt noch das Beispiel eines leidenschaftlichen Kampfes der deutschen Stämme in den eigenen Reihen. Sie reden von internationaler Brüderlichkeit und können sich in der eigenen Nation nicht verständigen. Sie wollen mit weltumfassenden Zielen die ganze Menschheit umspannen und können über die einfachste Frage der Taktik nicht einig werden. Sie wollen Frieden und Eintracht den Völkern der Erde bringen und beschimpfen einander mit den ausgefuchtesten Beleidigungen, sobald die gegnerischen Gruppen sich im privaten Verkehr ausweiten müssen, um Prügelfragen zu vermeiden. Sie wollen die Erziehung der deutschen Jugend von Partei wegen in die Hand nehmen und zeigen sich als die unerzogenste, undisciplinierteste Gesellschaft, die je in Deutschland sich zusammengefunden hat. Wahrlieh eine „Kulturbewegung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.“

In einzelnen sozialdemokratischen Blättern ist jetzt nach dem Nürnberger Schimpfstrauch ein Ragenjammer bereits bemerkbar. So bemerkt das Kölner sozialdemokratische Blatt, die „Rheinische Zeitung“ zu all dem Geschehenen:

„Keine erfreuliche Erscheinung,“ „betäubende Erscheinungen,“ „Krankheitsymptome unserer Partei,“ „starkes Mißtrauen, gegenseitige Ueberwachungsucht,“ „Unverständlichkeit von rechts und links,“ „die Geister schieden sich,“ „es kam zu einer offenen Absage,“ „Fortschritt und Rückschritt zugleich,“ „die Rechte der Nürnberger Methode überwiegen.“ „Eine Trennung der Partei würde sich nicht nur auf die Mainlinie beschränken. Dieses Unglück, unübersehbar in seinen Folgen, muß um jeden Preis vermieden werden.“ „Die persönlichen Gegensätze vergrößerten das Parteileben,“ „preussische Kasernenanschauung hat schon genug Unheil angestiftet.“ „Bei der Gesundheitskur muß vor allem die Rasse mitwirken.“ „Die Masse hat auch herzlich wenig Verständnis für die Festigkeit, mit der auf unseren Parteitag innerer Streifungen debattiert werden.“ „Unsere unleidlichen ewigen Streitereien,“ „hinterher kommt dann der Ragenjammer,“ „lärmende und peinliche Szenen,“ die Rupekaten einzelner,“ „die Schimpffähigkeit zum Maßstab der guten Gesinnung“ u. s. f.

Zum Schluß des Artikels folgt dann die Mahnung an die Parteianhänger:

„Wir wollen eine Welt erobern. Dazu bedürfen wir der Einheitlichkeit des Willens, der Geschlossenheit des Handelns, der unerschütterlichen Zuversicht zu der Wahrheit unserer Sache, des hohen idealistischen Schwungs. Was uns davon verloren gegangen ist, müssen wir zurückerobern, müssen es, wenn wir eine Macht bleiben und siegen wollen. Unterschätzen wir nicht die Gefahren im Schoße unserer Partei, kurieren wir den Parteikörper von seiner schleichenden Krankheit, aber hüten wir uns vor neuen Pflanzungen, die letzten Endes zur Auflösung, zur Selbstvernichtung führen müssen!“

Die „unerschütterliche Zuversicht zu der Wahrheit unserer Sache“ wird wenig daran ändern, daß die verschiedenen Arten des Sozialismus am Scheidewege angelangt ist. Die Ruhe in der Partei, die „Einigkeit um jeden Preis“ läßt die feindlichen Brüder nur länger am Scheidewege verweilen. Bis zu einem späteren Anlaß mag die Sache gut gehen, um dann aber die „Brüderlichkeit“ aufs neue zu bekunden. Während des geschlossenen faulen Friedens kann dann ein „Preisauschreiben“ erfolgen, dessen Zweck

der Dichter „Bahlhorn“ in der „Germania“ folgendermaßen schildert:

„Es hat sich neuestens wieder gezeigt
Wie mangelhaft unsere Prosa.
Die Meister schimpfen von Nürnberg,
Sie klagen, besonders die Rosa.
Die deutsche Sprach' ist ein' arme Sprach',
Ein kraft- und kraftlos Wesen.
Die letzten guten Schimpfwörter sind
Schon damals verbraucht in Dräsen (Dresden).
„Damp“, „Schweinhund“, „Judas“, „Schuft“, „Klein“ —
Was will das heute besagen!
Wir brauchen was neues, damit sich's lohnt,
Sich nachher zu vertragen.
Zerschmetternde Kraftwörter brauchen wir,
Safmwörter aus Kneipen und Gassen.
Für die besten bieten wir hohen Preis. —
Sucht und denkt nach, Genossen!
Der glückliche Gewinner wird
Sich mit Fräulein Baader vermählen.
(Sollte Rosa inzwischen Witwe sein,
So kann er auch diese wählen).
Sprachrichtigkeit wird nicht verlangt.
Drum hofft man, daß sich am heil'gen
Worte, gelockt durch den schönen Preis,
Die Parteihüter stark betätigen.

Das Handwerk und die Gewerkschaft.

Wer soll Meister sein? Der was ermann!
Wer soll Geselle sein? Der was kann!
Wer soll Lehrling sein? Jedermann!

S. K. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den kleinen Befähigungsnachweis wird dieses schöne alldemotische Sprichwort, das in so treffender Weise die Befähigung zu den einzelnen Stufen des Handwerks zum Ausdruck bringt, in gewisser Beziehung illusorisch gemacht. Vom 1. Oktober heißt es nicht mehr wer soll Meister sein, sondern wer darf Meister sein. Gleichzeitig hängt von der Führung des Meisterzettels in Zukunft auch die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung ab. Wir wollen hier nicht weiter erörtern, ob durch diese neue gesetzliche Errangenschaft des Handwerkerstandes sich für denselben wirklich die Vorteile ergeben, die man mehr oder weniger erwartet. Man verpricht sich in interessierten Kreisen durch dieses Gesetz einerseits die Einschränkung der Konkurrenz und andererseits soll damit dem Pflanzertum auf den Leib gerückt werden.

Was das erstere betrifft, so ist es vollständig ausgeschlossen, daß in Bezug auf die Konkurrenz irgendwelche Besserung eintritt. Denn die Gewerkschaften gibt ja jedem die Möglichkeit, einen mit allen Mitteln der neuzeitlichen Technik ausgestatteten Großbetrieb zu eröffnen, sofern er über das nötige Kapital verfügt und sich auf Grund dessen einen fachmännisch gebildeten Leiter und tüchtige Arbeitskräfte zu beschaffen weiß. Die Frage des Meisterzettels ist also von sekundärer Bedeutung, wie überhaupt der Wert des ganzen Prüfungswesens bedeutend überschätzt wird. Ein durchschlagender Erfolg des ganzen Prüfungswesens würde nur dann zu verzeichnen sein, wenn damit eine erhebliche Beschränkung oder gar Ausschaltung der Gewerkschaften verbunden wäre, ein Wunsch, der ja von vielen Handwerkern gehegt wird, dessen Erfüllung aber bei dem Stande unseres heutigen Wirtschaftslebens einwandlos in das Reich der Utopien zu verweisen ist.

Nicht wichtiger als die Frage des Meisterzettels ist die Ausbildung der Lehrlinge. Und gerade hier haben wir das größte Interesse, besonders auch als Gewerkschaftsmitglied. Denn je tüchtiger unsere organisierte Arbeiterschaft ist und je mehr Wert wir auf eine gebildete sachliche Ausbildung legen, desto besser werden wir unsere Position stärken und gerade bei Tarifabschlüssen unsere Ansprüche auf Lohn und Arbeitszeit nachdrücklich vertreten können. Bei Gelegenheit habe, als Mitglied der Kommissionen bei Tarifverhandlungen mitzuwirken, wird betonen müssen, daß eines der ersten Argumente, welches den Forderungen der Arbeiter entgegengehalten wird, die Redensart ist: die Leute sind heutzutage nicht mehr leistungsfähig. Davon das liegt und unwichtig diese Redensart begründet ist, wollen wir einmal näher einer Erörterung unterziehen.

Lehrlinge dürfte bisher galten, wer vor dem 1. April 1884 geboren war und nach Eintritt in das 24. Lebensjahr mindestens eine zweijährige Lehrzeit ohne Gesellenprüfung hinter sich oder fünf Jahre hindurch das Handwerk persönlich selbständig ausgeübt hatte. Wer nach dem 1. Oktober 1884 geboren ist, muß im Besitze des Meisterzettels sein, wenn er Lehrlinge ausleihen will, auch wenn er die Fähigkeiten hierzu nicht besitzt, trotz Meisterzettel, was ohne Zweifel auch oft genug vorkommt. Hierin liegt ein großer Fehler und eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse im Lehrlingswesen und das ganze Gesetz über den Befähigungsnachweis kommt auch hier über die Bedeutung, wie wollen mal sagen, einer theoretischen Studie nicht hinaus. Zugabe, der mit dem Meisterzettel Besondere wäre wirklich sachlich richtig, was hätte es dem Lehrling, wenn er von seinem Meister nicht beaufsichtigt oder mit Arbeiten beschäftigt wird, bei denen er wenig oder gar nichts lernen kann. Schreiber dieser Zeilen trat vor 13 Jahren bei einem alten Innungsmeister in die Lehre. Schon vor Eintritt in die Lehre mußten die Lehrlinge bei denselben ihre persönlichen Anlagen und theoretischen Kenntnisse an den Tag legen. Er wollte sich schon vorher davon überzeugen, ob die jungen Leute auch die Befähigung zum Handwerken hatten, die er sich die Mühe gab, dieselben auszubilden. Bei der Ausbildung selbst wurde nach einem gewissen System gearbeitet; es wurde darauf Wert gelegt, daß der Lehrling eine kleinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit erhielt, an die mit den Jahren auch entsprechend erhöhte Anforderungen gestellt wurden. Jede Inanspruchnahme des Lehrlings zu tatsächlichen Ber-

sonlicher Beaufsichtigung des Meisters oder eines von ihm beauftragten Gesellen. Man sah in dem Lehrling keinen Laufjungen oder ein Ausbeutungsobjekt, sondern einen jungen Mann, dem man in Gewissen verpflichtet war, in allen Zweigen des Handwerks auszubilden und zu einem tüchtigen Mitglied des Standes zu machen. Der Meister setzte seinen Stolz darin, dem Handwerk nur tüchtige Gesellen zu übergeben. Auch auf den Besuch der Schule wurde großes Gewicht gelegt, während heute mancher Meister den Schulbesuch als eine unliebsame Störung im Geschäftsbetrieb empfindet.

Wie steht es nun heutzutage mit der Lehrlingsausbildung? Die erste Frage, die die Eltern eines Lehrlings beim Eintritt in die Lehre stellen, ist: Was soll der Junge verdienen? Sonderbare Frage! Ein Lehrling verdient überhaupt nichts. Höchstens könnte er eine gewisse Entschädigung verlangen für den Fall, daß seine Eltern für seinen Unterhalt sorgen mußten, sofern er nicht bei dem Meister in Kost und Logis ist. Im andern Fall wird derselbe sich eben dafür zu entschädigen suchen, daß er dem Lehrling möglichst schnell die nötigen Kenntnisse beizubringen sucht, um ihn mit Arbeiten zu beschäftigen, die man sonst nur Gesellen übergibt. Der Meister spart ja dadurch wieder an Gesellenlohn. Daß solche Arbeiten nicht immer einwandfrei sind, braucht nicht näher auseinandergesetzt werden. Ein tüchtiger Knistreichler ersetzt dann noch durch seine Kunst, was der Lehrling und im gewissen Sinne auch der Meister verbroschen hat. Auf diese Weise wird dann das Pflanzertum groß gezogen. Es gibt Meister, welche eben dem Grundsatze huldigen: 2 Lehrlinge für einen Gesellen. Dem letzteren muß er ja auch einen solch hohen Lohn zahlen, während man bei den Lehrlingen schon mehr profitiert. Daß ihnen durch Lieferung schlechter Arbeit manche Klumpkammer verloren geht, darüber denken viele nicht weiter nach.

Wie steht es mit der Beaufsichtigung der Lehrlinge? Vielfach sind die Gesellen es, denen die Aufgabe zugewiesen ist, die Lehrlingsarbeit auszuüben, während der Meister sich mit seinem Titel begnügt. Schreiber dieser Zeilen sind Fälle bekannt, in denen sich die Lehrlinge tagelang ohne jede Aufsicht in den Werkstätten die Zeit vertreiben. Das sind ungesunde Zustände. Die Lehrzeit ist vorüber und der junge Mann hat nichts gelernt. Dann wirft sich mancher Innungsmeister in die Brust und ruft mit Entrüstung: „Die jungen Leute sind heutzutage nicht mehr leistungsfähig“. Dabei bedenkt man nicht, daß man vielfach selbst die Verantwortung dafür trägt, wenn der Handwerkerstand mit minderwertigen Kräften belastet wird, die von einer Bude zur andern fliegen und bei Lohnforderungen der Gesellen dann das Karrenrad abgeben müssen. Da wir nun doch vielfach mit der Tatsache zu rechnen haben, die Lehrlinge anzuweisen und auszubilden, so liegt nichts näher, als daß wir dieselben in der Erlernung des Berufes in unserem eigenen Interesse möglichst unterstützen. Gewiß ist es nicht immer eine leichte Aufgabe, es gehören gewisse pädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten dazu. Wir dürfen in dem Lehrling nicht den Bräutigam sehen, wie das leider oft der Fall ist, sondern den zukünftigen Kollegen, dessen Aufgabe es ist, später Schulter an Schulter mit uns zu arbeiten in der Wahrnehmung unserer Standesinteressen. Man mache die jungen Leute nicht greulich vor den Schwierigkeiten des späteren Lebens, sondern man bestrebe sich, ihnen Freude am Beruf einzupflanzen und ihnen frühzeitig eine gewisse Willensstärke anzueignen. Unsere Kollegen begehen vielfach den Fehler, durch Kasinieren auf die jeweiligen Verhältnisse ihrem Unmut Luft zu machen, statt energisch die bessernde Hand mit anzulegen. Sie bedenken nicht, daß die Jugend nur allzu leicht unser Verhalten zum Maßstab ihrer eigenen Handlungen macht. Man überzeuge sich auch manchmal über die theoretischen Kenntnisse der Lehrlinge und zeige Interesse dafür, statt, wie es oft seitens kurzweiliger Kollegen geschieht, ihnen den Schulbesuch zu verhehlen. Meist sind es solche Kollegen, die selbst nicht viel gelernt haben und froh waren, als sie dem nach ihrer Ansicht lästigen Schulzwang entronnen waren. Und doch ist gerade eine gründliche Ausbildung und umfassende Kenntnis der wichtigsten Elementarfächer ein schwerwiegender Faktor im späteren Leben, als Geselle sowohl als auch als Meister. Und nicht zuletzt haben auch wir in unserer Bewegung tüchtige intellektuelle Kollegen nötig, denen die erwählten Kenntnisse nicht ein Buch mit sieben Siegeln sind, wie man leider in Kollegentreifen vielfach wahrnehmen kann. Ferner mache man bei den jungen Leuten auch allmählich das Interesse für unseren Verband zu wecken und sie mit unseren Zielen vertraut zu machen. Wenn unsere Gegner sich nicht scheuen, durch Verbreitung ihrer moralisch nicht immer einwandfreien Fäden der Jugend die Köpfe zu verwirren, so haben wir die Pflicht, die jungen Leute beizeiten diesen verderblichen Einflüssen zu entreißen und für unsere Ziele zu gewinnen. Allerdings sollen wir dabei nicht in den Fehler verfallen, daß wir die Erringung eines eigenen Geschäftes als ein unter den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht mehr erreichbares Ziel hinstellen. Dadurch würden wir von vornherein jeden Drang nach Schaffenslust und eigener Betätigung in der jungen Brust ersticken. Als organisierte Kollegen haben wir ebenfalls ein wohl begründetes Interesse an einem leistungsfähigen tüchtigen Handwerkerstand, der auch später Bestrebungen für unsere Bestrebungen zeigt. Wenn wir unsere Aufgabe im Sinne der Lehrlingsausbildung nach den hier erläuterten Grundsätzen auffassen, dann werden wir die Gewissensfrage haben, daß auch der junge Nachwuchs nach jeder Hinsicht die Schaffenslust an den Tag legt, die sowohl zur Förderung unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen als auch zur materiellen Hebung des ganzen Standes nötig ist. Heutzutage, wo die persönliche Tüchtigkeit des Einzelnen mehr als je im Kampfe des Lebens in den Vordergrund gestellt wird, fragt man allerdings nicht erst lange darnach, ob man eine Gesellen- oder Meisterprüfung abgelegt hat. Wir verhehlen nicht den Wert derselben für den Einzelnen, weil sie geeignet ist, ihn zu höchster Leistungsfähigkeit anzuhalten, aber wir sind weit entfernt davon, in dem Handwerker-

Gesamtheit ein Abwehrmittel gegen die Wunden, die unsere heutige Wirtschaftsform dem Handwerk geschlagen hat, zu erblicken. Anpassung an die veränderten Verhältnisse, das ist es, was in Handwerkerkreisen vielfach zu wenig berücksichtigt wird. Mit dem Wunsche nach Wiederauflebung der alten Zunftherrlichkeit wird unsere Lage nicht verbessert. Man hat sich in Innungskreisen ganz in den Gedanken eingelassen, als Feinde ihrer Bestrebungen zu betrachten. (Der Arbeitgeber bezeichnete kürzlich gar den Verband als die Ruin des Handwerks!) Man emanzipiere sich doch einmal von solchen Anschauungen und bestrebe sich, durch gemeinsames Handeln die Schäden der heutigen Zeit zu überwinden und durch Pflege des Solidaritätsgefühls die Klüfte zu überbrücken, die zwischen Meister und Gesellen auf Grund mancher Vorurteile geschaffen wurde. Wir werden es als eine unserer vornehmsten Aufgaben betrachten, innerhalb des uns zugewiesenen Arbeitsfeldes zur Besserung der Verhältnisse mitzuarbeiten. Daran soll auch die Tatsache nicht ändern, wenn führende Persönlichkeiten in Innungskreisen wie Herr Syndikus Dr. Schellen in Münster in einem öffentlichen Vortrage die dreiste Behauptung aufstellte, durch Festlegung der Löhne in den Tarifverträgen würden die Gesellen zur Faulheit erzogen! Derartige Äußerungen sind allerdings nicht geeignet, die Gegenseite zu mildern, wenn ein akademisch gebildeter Vertreter einer Handwerkskammer solchen Unfug zu bieten wagt, darf man sich allerdings nicht wundern, wenn in den Köpfen weniger gebildeter Innungsmeister noch viel größere Voreingenommenheit herrscht.

Theoretische Schlüsse und Tatsachen der Praxis.

(Audaeret aus der Praxis).

J. G. Der letzten Abhandlung ist zu entnehmen, daß hauptsächlich darauf ankommt, festzustellen, ob die rotierende Welle im Messerflugkreis einen geschlossenen Zylinder bildet — oder nicht —. Ist es kein geschlossener Zylinder, dann hat die runde Wellenform einen Zweck in bezug auf Unfallverhütung, andernfalls steht der Arbeiter bei der runden Welle in gleicher Gefahr wie bei der Vierkantwelle, ja in noch größerer Gefahr, weil er infolge der „absoluten“ Sicherheitsreflexe“ dabei sorgloser hantiert. Persönlich bin ich überzeugt von der wirklichen Einstufigigkeit des runden Wellenkörpers innerhalb des wirklich geschlossenen Zylinders, glaube ich eine Pflicht zu erfüllen, etwa sorglose Kollegen zur gleichen Vorsicht wie bei Vierkantwellen zu mahnen. Weiter kommt noch in Betracht, daß die Erkenntnis des wirklichen Sachverhalts manchen Arbeitgeber vor zwecklosen teureren Neuerungen bewahrt, soweit es sich um gewöhnliche Gefahrerhebung handelt. Als dritter Zweck kann gelten, vielleicht manchem Beamten das unangenehme Gefühl erspart wird, längere Zeit in gutem Glauben einer theoretischen unbeweisbaren Kombination das Wort geredet und verteidigt zu haben. Mit der Zeit wird ja auch leider die Erfahrung gelehrt, daß theoretische Schlüsse bei weitem keine praktische Tafsachen sein können, und eigenartiger Selbsttäuschungen unterworfen sind.

Eine Eigenart unserer Hobelwellen ist es, daß sie ungeheurer Geschwindigkeit sich umdrehen müssen; einesteils wegen der Holzstruktur überhaupt, andernteils um die Leistung möglichst rationell zu gestalten. Wer den Werdegang der Hobelmaschine kennt, der weiß, welche Schwierigkeiten der Konstrukteur sich entgegenstellen, bevor es ihm gelang, qualitative und quantitative Leistung ins rechte Verhältnis zu bringen. Des Räthels Lösung war — Geschwindigkeit, größtmögliche Geschwindigkeit —, welche man bis dahin in keiner Maschine kannte, und somit nicht gleich auf diese forderliche Eigenschaft zu denken kam. Mit dieser Räthelslösung haben auch wir uns bei unserer Untersuchung befaßt — mit der Geschwindigkeit.

Daß die rotierende Welle eine erstaunliche Geschwindigkeit entwickelt, erkennt ja schon der oberflächlichste Beschauer die tatsächliche Geschwindigkeit aber dürfte in ihrer — wie man sagen — grauenhaften Wirklichkeit in vollem Umfange nicht allgemein so richtig erkannt und in Betracht gezogen werden. Als begriffunterstützendes Beispiel gelte folgendes: Wenn man ein Band nähme von 1500 m Länge, und eine Ende auf der Abtriebswelle befestigte, so würde die rotierende Welle dieses 1 1/2 km lange Band blitzschnell in einer Minute aufwickeln.

Oder denken wir uns die Wellenbewegung und die in geradeaus laufender statt in kreisförmiger Bewegung in Richtung, so würden die Messer in Zeit einer Minute eine Hobelfläche von 1500 m oder 1 1/2 km Länge schaffen. Man erfasse dies wohl, um sich recht in diese Leistung vertiefen können. Des Konstrukteurs Studiums- und Berechnungsergebnis ist uns nun leicht ermitteln zu können, um die tatsächliche Leistung der Messerwelle genau vorstellbar zu machen. Erforderlich waren 4000 Wellenumdrehungen pro Minute. Die Welle, mit zwei Messer besetzt, bewirkt also in einer Minute 8000 Messerangriffe, welche eine minutliche Arbeitsleistung von durchschnittlich 6 m Hobellänge hervorbringen. Diese minutliche Leistung ist auf dem Walzenhobel nachzuprüfen, bei welchem die normale Vorschubgeschwindigkeit durch das Vorschubgetriebe durch den Konstrukteur gegeben wurde. Die Welle hat circa 120 mm Durchmesser mit 376 mm Umfang. Diesen Umfang mit 4000 Umdrehungen multipliziert ergibt 1500 m Handgeschwindigkeit in einer Minute. Bei unserer Untersuchung haben wir uns besonders mit sekundlicher Maschinenleistung zu beschäftigen, weshalb wir das minutliche Verhältnis durch 60 teilen müssen. Diese Teilung ergibt für die Sekunde, die kleinsten Zeitteil, 66 Umdrehungen mit 132 Messerangriffen welche pro Sekunde 100 mm Länge glatt Hobeln. Die sekundliche Handgeschwindigkeit beträgt 25 m. Hier wird ein Augenblick das Minimale des Zeitteiles Sekundenbruchteil entgegenwärtigen. Man erwidere die Länge der Sch-

Der Gradmesser für das Leben innerhalb einer Gewerkschaft ist die Agitation. Ein Mitglied, das nicht ständig für seine Organisation wirbt, ist nur ein halbes Mitglied.

welche an Dauer mit der Dauer eines gewöhnlichen Augenpunkters zu vergleichen ist. Und dennoch in diesem kleinsten Augenblick faßt die Welle 66 mal um, es erfolgen 132 Messerschläge, und 25 m Wellenumfang rasen unsichtbar vor dem Auge um. Diese unumstößliche Tatsache müssen wir im Auge behalten zwecks leichterem und klarerem Begriffs der Leistung, welche die Welle durch diese Geschwindigkeit leisten muß. Es gilt also, zu zeigen, daß die Welle durch ihre grauenhafte Geschwindigkeit einen wirklich geschlossenen Zylinder bildet im Flugkreis der Messer.

Im vorhergehenden Artikel haben wir die Dichtigkeit der aufeinanderfolgenden Schneidspitzen kurz erwähnt, und gesagt, daß der wirkliche Abstand der Messer voneinander durch die Geschwindigkeit auf 0 gebracht wird; auf 0 gebracht werden muß, damit die Welle die erforderlichen Eigenschaften erhält. Wir wissen also, daß die Welle mit sekundlich 66 Umdrehungen 132 Messerangriffe hervorbringen muß. Wie dicht aufeinander folgen aber nun diese Angriffe? Das wäre zu ermitteln, wenn wir schauen wollten, auf welcher Hohl-länge diese 132 Angriffe erfolgen. Diese Länge ist nun nach unserer Ermittlung 100 mm pro Sekunde. Teilen wir nun diese 100 mm Länge statt durch 100 Teilstriche, durch deren 132, gleich der Zahl der sekundlich wirklich erhaltenen Messerschläge, so haben wir annähernd ein Bild der Dichtigkeit, in welcher ein Messer hinter dem andern zum Angriff kommt. Der Abstand dieser 132 Teilstriche des einen vom andern ist also etwa $\frac{1}{10}$ mm. Immerhin ist aber diese ermittelte Dichtigkeit von $\frac{1}{10}$ mm noch bei weitem nicht die wirkliche Dichtigkeit. Dieser $\frac{1}{10}$ mm Abstand ergibt sich eigentlich aus der Vorwärtsbewegung des Holzes, weil der gehobelte Teil kontinuierlich ab- und der ungehobelte Teil heranrückt.

Diese Tatsache überzeugt uns nun aber, daß in Wirklichkeit die Messerangriffe in Abständen von noch weniger als $\frac{1}{10}$ mm erfolgen, also unmittelbar, wohl ohne Abstand, eines hinter dem andern angreift. Wäre dies nicht der Fall, daß das kommende Messer unmittelbar ohne jeglichen Abstand im Schnitt des vorgehenden Messers einschläge, so brähe die Maschine absolute keine glatte Hohlfläche zustande. Dies lehrt uns überhaupt auch die Praxis schon bei Fällen, wo die Maschine zu wenig Touren macht und eben durch diese Verlangsamung der Umdrehung der natürliche Abstand nicht auf Null gebracht wird. Wer möchte angesichts dieser Dichtigkeit der hintereinander laufenden und angreifenden Messern bezweifeln oder gar bestreiten, daß die rotierende Welle einen geschlossenen Zylinder bildet? Wer es trotzdem bestreitet, kann sich offenbar nicht hineinreden und begreift nicht, daß die Dichtigkeit eine einfache natürliche Folge der klar ersichtlichen Geschwindigkeit sein muß. Für derartige Zweifler haben wir jedoch noch weitere Beweise, welche den vorstehenden Beweis in allem stützen und kräftigen. Bekanntlich sind die rotierenden Messerspitzen unsichtbar und lassen die Geschlossenheit in der Folge nicht mit dem Auge erkennen. Jedoch gibt es Mittel, die Geschlossenheit auch dem bloßen Auge sichtbar zu machen. Zu diesem Zwecke feile man am untern Ende der Schleiffase eine flache Kerbe. Diese Kerbe bleibt während des Umlaufs einigermaßen sichtbar. Besser als diese Kerbe bleibt ein blankes Messingplättchen sichtbar, welches man in Größe eines Quadratzentimeters zur Hälfte unter die Messerspitze bringt, indem man eine Schraube etwas löst und das Plättchen unterschiebt. Die überstehende Hälfte des Plättchens biegt man über die Schneide um, daß es flach auf der Schleiffase aufliegt. Jetzt biege man das Plättchen je nachdem rechts oder links etwas auf, dem Fensterlichte zu, damit dieses auf das blanke Plättchen spiegelt, wodurch eben die bessere Beobachtung während des Umlaufs ermöglicht wird. Läßt man die Welle nun rotieren, dann erscheint anfangs der Umdrehungen das glänzende Plättchen als umlaufender Punkt, dann als viele sich folgende Punkte, welcher stets mehr werden und immer sich enger zusammenschließen. Bei einer Geschwindigkeit, welche etwa einer Umdrehungszahl von minutlich 500 Touren entspricht, ist schon kein Punkt mit Zwischenräumen zu erkennen. Der einzelne Punkt erscheint hier schon als ununterbrochene geschlossene umlaufende Linie. 500 Touren, bei welchen also die Linie dem Auge schon dicht geschlossen erscheint, ist aber erst der achte Teil der normalen Umdrehungsgeschwindigkeit. Bis zur Höchstgeschwindigkeit von 4000 Touren dichtet sich die schon geschlossene Linie noch um das achtfache. Ist dies nun aber die äußerste Dichtigkeit? Nein, sondern erst die Hälfte der Wirklichkeit, denn mit dem Plättchen zeigt sich nur die Schnelligkeit eines einzelnen Messers. Da deren jedoch zwei umlaufen, erhöht sich die Dichtigkeit um das Doppelte bei 4000 Touren, oder um das 16fache von der Dichtigkeit, welche wir bei 500 Touren wahrnehmen. Diese Prozedur läßt uns also klar erkennen, daß die rotierenden Schneiden in ihrer kaum vorstellbaren furchtbaren Geschwindigkeit wirklich einen geschlossenen Zylinder bilden, ja bilden müssen. Eine optische Täuschung mit der umfliegenden glänzenden Linie liegt also absolut nicht vor, das beweist uns die erste Probe, welche dargetan, daß die Messer auf vorrückendem Holz mit $\frac{1}{10}$ mm Abstand zum Schnitt kommen.

Das Fazit wäre also: Bildet die Welle im Messerflugkreis einen geschlossenen Zylinder, dann ist es absolut unmöglich, daß die Form der Welle im Innern des geschlossenen Zylinders irgend eine Wirkung ausüben kann im Sinn von Unfallverhütung. Der von unsichtbaren Messerschneiden gebildete dichte Schneidenkreis bildet die Grenze; bis zu dieser gelangt der aufstoßende Finger oder Hand, bis hier und nicht weiter hinein kann der Finger gestoppt werden, auf dieser Grenze steht er auf, ruht er fortan, so lange der Druck beim Auffallen anhält, während der rapid schneidende dicke Messermantel den aufgedrückten Finger beschneidet und

wegfegt, wobei, wie schon gesagt, der hinter den Schneiden liegende runde Wellenkörper keinerlei Wirkung üben kann auf die Vorgänge am äußersten Messerflugkreis. Um dieses noch zu verlässlicher zu beweisen, haben wir noch zwei weitere Beweismittel. Zunächst wollen wir an der runden Welle selbst den Beweis führen, daß der hinter den Schneiden zurückliegende runde Körper absolut unberührbar ist, während die Welle umläuft und die Schneiden einen alles weglegenden Zylinder außerhalb des Rundkörpers bilden. Man lege vor den Messern auf den Rundkörper ein Stückchen Papier. Nachdem dies gut angetrocknet, wird die Welle in Bewegung gesetzt und ein Holzstäbchen von 10—15 mm Querschnitt von oben herunter an die Tischlippe ansehend gegen die Messer geführt. Man drücke den 1—2 m langen Stab so lange nach, bis der Messerzylinder denselben bis auf ein kurzes Ende weggefegt hat. Während der Stab auf dem Messerradius aufsteht und von den Messern beschneidet wird, kann man beobachten, daß der Flugkreis der Schneiden ein Weiterbringen bis auf den Rundkörper nicht zuläßt, da zwischen Rundkörper und Welle, welche auf dem Messerradius steht, ein Hohlraum klar zu erkennen ist. Stellt man jetzt die Maschine ab, so zeigt das aufgeklebte Papier nicht die leiseste Berührung von dem aufgeklebten Holzstab. Beweis: Der geschlossene Zylinder macht einen Einfluß der runden Welle illusorischer, weil sie hinter den dichtfolgenden Messern absolut unberührbar ist, weder vom Holzstab noch von der aufstoßenden Hand. Daß der Messerzylinder bei Rund- und Vierkantwellen die gleiche Eigenschaft und Wirkung hat, ist leicht begreiflich. Wäre es der Fall, daß auf Rundwelle der aufgedrückte Stab durch die Schneiden hindurch den Rundkörper berührte, so müßte der Stab auf rotierende Vierkantwelle aufgedrückt, unbedingt in den fallenden Spalt hinuntersinken. Das gibt's jedoch nicht, der Stab steht hier ebenso auf Schneidenradius fest auf, wie vorher auf dem Schneidradius der Rundwelle. Auch der mehr oder mindere Messervorstand ändert absolut nichts. Beweis: Man stelle ein Paar Profilmesser (gradschneidige Spundmesser) 25 bis 30 mm vorstehend auf. Das Aufhalten des Stabes auf diese weit vorstehenden Messer zeigt das ganz gleiche Ergebnis wie die vorhergehenden Beweise: daß der Messerflugkreis ein von sich dicht aufeinanderfolgenden Schneiden gebildeter fest geschlossener Zylinder ist. Und damit ist erwiesen, daß die sog. „absolute Sicherheit“ durch die innerhalb liegende runde Form eine unhaltbare theoretische Schlußzweerei ist.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Sept. bis 3. Oktober 1908 fällig ist.

Die Zahlstelle Danzig erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg.
Der Zahlstelle Bruchsal wird die Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalbeitrag in Höhe von 5 Pfg. zu erheben.

Das Mitgliedsbuch Nr. 45751 auf den Namen Josef Niemann, Tischler, lautend, ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Zugang ist fernzuhalten

von
Schreiner nach Lünen (Höfcher).
Schreiner und Drechsler nach Lauterbach-Schwarzwalb (Gaberstroh).
Stahlmacher, Drechsler, Polierer nach Coesfeld (Büding).
Bürstenhölzlermacher, Bohrer, Drechsler: Brandenberg b. Lohndau. (F. G. Rießer und Josef Böhrler).
Stahlmachern und Wagenjählern Dären Hdb. (Scheeren).
Säger: Lüdinghausen (Nierhoff).

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich daraus ergebende Unsicherheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse macht es allen Kollegen, welche die Arbeitsstelle wechseln, zur Pflicht, bei der in Betracht kommenden Ortsverwaltung des Verbandes Nachfrage zu halten.

Tarifabschluss bei der Firma Kempf in Renzorg.

Die hier infolge geplanter Lohnkürzung entstandene Differenzen wurden durch Abschluss eines Vertrages für zwei Jahre beendet. Nachdem Herr Kempf gesehen hat, daß die Schreiner nicht gewillt sind, solche fortdauernden Lohnzüge zu tragen und das ferneren erfahren mußte, daß ein Erfolg trotz Bemühungen nicht zu haben ist, war er bereit zu Unterhandlungen. Die Kollegen haben die bestehenden Forderungen nochmals einer Prüfung unterzogen und die Lohnsätze entsprechend der Arbeitsparnis neu geregelt. Nach längerer Aussprache mit Kollegen Schwarzger erklärte sich Herr Kempf bereit, auf unsere Vorschläge einzugehen und dieselben auf zwei Jahre festzusetzen. Mit dem Resultat der Verhandlung gaben sich die Kollegen zufrieden und ist nunmehr der Friede auf zwei Jahre gesichert.

Differenzen bei der Firma Nierhoff in Lüdinghausen.

Die Firma S. Nierhoff, Dampfzuckerwerk, hat durch Anschlag

die Reduzierung der Akkordpreise in Höhe bis zu 22 pCt. angekündigt. Die wiederholten Versuche seitens unseres Bezirkssekretärs, die Firma zu veranlassen von den Lohnverzierungen abzusehen, da ohnehin die Löhne hier schon sehr gering sind, hat Herr Nierhoff ganz kalt zurückgewiesen. Außer den Akkordpreisen sind auch noch die Tagelöhne um 25 Pfg. gekürzt worden. Es ist dieses im Laufe des Jahres schon das zweite mal, daß diese Abzüge gemacht werden, wiewohl das Sägewerk im vollsten Betriebe steht. Kein Wunder, daß da den Kollegen endlich der Geduldsfaden riß, und sie geschlossen die Kündigung einreichten. — Nierhoff sucht jetzt auswärts arbeitswillige Leute. Auch waren schon drei Kollegen aus Bremen hier in Arbeit getreten. Nachdem letztere Kenntnis von der Sachlage erhielten, haben sie sofort die Arbeit verlassen und auch veranlaßt, daß ein weiterer Zugang von Bremen von 27 Mann, welche ebenfalls angeworben waren, durch telegraphische Benachrichtigung zurück gehalten wurde.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cöln.

Ein systematisches Herunterdrücken der Löhne haben wir zurzeit hier zu beobachten. Den Arbeitgebern ist infolge der Krise der Kamm mächtig geschwollen. Obwohl das Gewerbe gericht im vorigen Jahre den Durchschnittslohn von 52 Pfg. bestätigte und infolge Tarifvertrag der Lohn am 1. April 1908 um 2 Pfg. steigen mußte, somit der Durchschnittslohn heute 54 Pfg. beträgt, versuchen die Arbeitgeber jetzt 35, 49, 52 Pfg. anzubieten. Dieses Drücken der Löhne wird von den Arbeitgebern planmäßig betrieben, und wurde sogar vereinbart, wie aus dem Ausspruch eines Arbeitgebers hervorgeht: „Wir lassen die älteren Leute aufhören, stellen andere ein, und zahlen diesen nicht so hohe Löhne, das haben wir vereinbart.“ Die Kollegen haben daher allen Grund, auf der Hut zu sein und dem entgegenzuarbeiten. Würde da nicht schon ein fester Zusammenhalt und reges gewerkschaftliches Leben der Kollegen manches verhindern? Glauben die Kollegen, durch schlecht besuchte Betriebs- und Mitgliederveranstaltungen könne man den Arbeitgebern Respekt ein? Gerade jetzt während der Krise müßte man die Vorteile der günstigen Konjunktur durch festen Zusammenhalt und rege Gewerkschaftstätigkeit erzielen. Auch jetzt gibt es noch Mittel, um Verschlechterungen zu verhindern. So hat die Stadtverwaltung die Bestimmung getroffen, bei Vergebung von städtischen Arbeiten nur tarif-treue Firmen zu berücksichtigen. Wohl haben wir im Tarif keinen Mindestlohn oder Durchschnittslohn; aber wir sind überzeugt, daß auch die Stadtverwaltung die Respektierung der Gewerbegerichtsentscheidungen verlangt und selbst anerkennt. Wir fordern daher alle Kollegen auf, die Firmen, die unter dem Durchschnittslohn von 54 Pfg. bezahlen, uns zu melden, damit wir diese in einem Antrage an die Stadtverwaltung berücksichtigen können. Auch soll sich der hier am 11. Oktober stattfindende Bezirkstag unseres Verbandes mit dieser Eingabe befassen. Außerdem wirft sich die Frage auf, ob unsere vertraglichen Abmachungen mit dem Arbeitgeberverband überhaupt noch Wert haben, wenn die Arbeitgeber jetzt vereinbaren, während dieser Vertragsdauer die Löhne herabzusetzen. Im Vertrag wird doch nicht vereinbart, daß die Stundenlöhne sich am 1. April 1908 um 2 Pfg. erhöhen sollen, die Arbeitgeber aber sich das Recht herausnehmen dürfen, im September dieselben wieder um 4 Pfg. und noch mehr zu kürzen. Dagegen sollen sich aber die Arbeiterorganisationen verpflichten, bis Ablauf des Vertrages keinerlei Forderungen zu stellen. Die Tarifverträge haben doch den Zweck, sowohl die Arbeitgeber für die Zeit der Vertragsdauer vor Streiks, Lohnbewegungen und Lohnsteigerungen zu schützen, denselben einen geregelten Betrieb und geordnete Kalkulation zu ermöglichen — aber auch den Arbeitern ein bestimmtes Einkommen zu sichern.

M. a. D.

Die hiesige Zahlstelle hatte am 18. September zum erstenmal Gelegenheit, den Zentralvorstehenden Kollegen Kurt Scheid-Cöln in ihrer Mitte zu sehen. Kollege Kurtscheid behandelte in seinem Referate „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Bedeutung der Organisation.“ Einleitend wies er auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage hin, die im allgemeinen keine günstige sei. Wenn man einen Vergleich zwischen dem Vorjahr und heuer anstelle, so sehe man, daß die Konjunktur sich ganz erheblich verschlechtert habe. Das Wirtschaftsleben sei großen Schwankungen unterworfen. Die Arbeiterorganisationen hätten jedoch auf die wirtschaftliche Lage des Arbeiters heute einen großen Einfluß. Vieles sei durch die Organisation anders geworden. Nur die unorganisierten Kollegen wollten das nicht einsehen, und gerade von diesen seien es viele, die in der Krise der Armenpflege anheim fallen. Jeder soll deshalb dazu beitragen, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Mutig und ununterbrochen soll man arbeiten an der Erhaltung der gewerkschaftlichen Bewegung. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen und soll es ein Ansporn sein für alle Teilnehmer, immer zu agitieren. Die Diskussion war sehr lebhaft, da auch einige „freiorganisierte“ Kollegen anwesend waren. Der Vergarbeitssekretär Fogelgang-Essen, welcher ebenfalls erschienen war, widerlegte die Ausführungen der Gegner aufs Beste, jodaß unsere Kollegen mit Befriedigung von der Versammlung heimkehrten.

Lüdinghausen (Hb.).

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand hier selbst am Montag, den 7. September statt. In dieser hielt der Zahlstellenvorsitzende Kollege Wegger einen interessanten Vortrag über den Wert und die kulturelle Bedeutung der Tarifverträge. An die inhaltreichen und verständlich vorgetragenen Ausführungen knüpfte sich eine rege Diskussion, in der auch einzelne Punkte unseres neuen Tarifvertrages besprochen wurden. Die in der Versammlung gegebenen vielfachen Anregungen werden gewiß dazu beitragen, daß unsere Kollegen auch in Zukunft eifrig die Versammlungen besuchen und nach besten Kräften bestrebt sind, durch eine lebhaft Agitation unsere Zahlstelle zu stärken.

Münster i. W.

In der am Sonntag den 20. September stattgefundenen sehr gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete zunächst Kollege Büdmann Bericht über die Zahlstellenkonferenz

In Bochum. Betreffs der dortselbst beschlossenen Hausagitation hat unsere Zahlstelle bereits vorher schon die nötigen Schritte zur Vorbereitung getan. Hauptsächlich stellen sich die Kollegen recht zahlreich in den Dienst der Sache, damit das Ergebnis der Hausagitation auch ein befriedigendes ist. Dasselbe gilt von der Aufnahme der Betriebsstatistik. Eine gründliche Bearbeitung derselben liegt sowohl im Interesse des gesamten Verbandes als auch unserer Zahlstelle selbst, da die Kenntnis der Verhältnisse hauptsächlich bei Tarifabschlüssen von größter Wichtigkeit ist. — Betr. der Konferenz in Bochum hat es in Kollegenkreisen Unmuth erregt, daß die Bezirksvorsitzendenfrage, die nun bald ein Jahr der Erledigung harret, immer noch nicht gelöst ist. Es wäre besser gewesen, wenn die Konferenzteilnehmer endlich einmal die Angelegenheit zum Abschluß gebracht hätten, statt, wie es seitens einzelner Delegierten geschehen ist, einen zwecklosen Streit über die Beamtenfrage vom Zaune zu brechen. Derartige Dinge gehören vor das Forum des Verbandstages und sollen nicht dazu dienen, die Zeit zuungunsten wichtiger Angelegenheiten zu verzögern. Auf alle Fälle ist es dringend notwendig, die Bezirksvorsitzendenfrage zu regeln, einmal im Interesse der einzelnen Zahlstellen und dann auch, um den Bezirksstellvertreter zu entlasten. Derselbe kann nicht überall zugleich sein. Dann werden verschiedene Klagen von selbst aufhören. Auf Antrag des Kollegen Pott nahm die Versammlung fast einstimmig eine Resolution an, die ihre Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Konferenz zum Ausdruck bringt und die Hoffnung ausspricht, daß das auf der Konferenz Besäumte recht bald nachgeholt wird. Auch möchten wir hier gleichzeitig der Zentralstelle zu Gemüthe führen, mit der Verjüngung der Abrechnungen doch nicht so langsam zu sein. Gott sei Dank interessieren sich auch noch andere Kollegen als die Vorstandsmitglieder für die Vierteljahrsberichte. Mehrere Wünsche sind auch schon aus anderen Zahlstellen laut geworden. 5 Exemplare sind jedenfalls für eine größere Zahlstelle nicht genügend. — In derselben Versammlung wurde außerdem über zwei Anträge diskutiert, die dahin gehen, aus der Lokalfonds-Zuschüsse von 1,50—4,50 Mk. bzw. 1—6 Mk. zur Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Diese Beschlüsse sind bereits in einer besonderen Kommissionsitzung eingehend durchberaten worden. Die Aussprache über diesen Punkt war eine sehr lebhafte. Seitens des Vorstandes wurde beantragt, zur Deckung der Mehrausgaben einen vierteljährlichen Extrabeitrag von 20 Pfg. pro Mitglied zu erheben, um den Lokalfonds nicht zu schwächen. Der Antrag fand seitens verschiedener Kollegen Widerspruch mit dem Hinweis, daß durch eine Beitragserhöhung die Agitation unter den Kollegen erschwert würde, andererseits könnte unter Lokalfonds wohl eine kleine Reduzierung erfahren. Der Vorsitzende und Kassierer verhielten sich diesem Standpunkt gegenüber direkt ablehnend im Interesse unserer Zahlstelle. Hoffentlich werden die Kollegen, die gegen eine derartige minimale Beitragserhöhung sind, ihre Ansichten bis zur nächsten Versammlung ändern, um die derzeit so wichtige Frage der Arbeitslosenunterstützung, die doch im eigenen Interesse der Kollegen liegt, in einer die Verhältnisse befriedigenden Art und Weise zu lösen. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich auch hierin manches erreichen. Nur durch Opferwilligkeit haben wir unsere Bewegung hochgebracht, dies soll auch weiterhin der Fall sein, für den gesamten Verband sowohl, als auch für jede einzelne Zahlstelle.

Diebstahl. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten, die aus dem die Seite her bereit wurden, die unter allen Umständen die christl. Gewerkschaft bekämpft, erwidert sich unsere Zahlstelle hier prächtig und ist insbesondere ein guter Geist unter den Kollegen anzutreffen, wie dies der fast vollständige Besuch der Versammlungen zeigt. In letzter Versammlung referierte Kollege Sloger-Dreslau über das Thema: Warum sollen sich die Handwerker-Gesellen der christl. Gewerkschaft anschließen. Da in Schlesien gerade dort, wo noch das Kost- und Logiswesen vorherrscht, in den meisten Fällen die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzutreffen sind, erregte sich hierauf eine lebhafte Debatte, als Kernpunkt aufstellend, daß mit allen Kräften an der weiteren Stärkung und Ausbreitung anderer Verbände gearbeitet werden müsse. Hierbei bot Anlass zu heftiger Kritik das Verhalten des Vorstandes des hiesigen kath. Gewerkschafts unseres Verband gegenüber, da eine größere Anzahl unserer Kollegen auch Mitglieder jenes Vereins sind. In unserer Versammlungen, in denen stets anstehende und das Wissen vermittelnde Vorträge stattfinden, haben wir mehrere Male den Verein resp. die Mitglieder, welche sich für unsere Bestrebungen interessieren, ein, indes stets wurde die Einladung der Mitglieder nicht bekannt gegeben. In letzter Sitzung verlangte aus unser Vorstand für uns genau dasselbe Recht als für die Fachabteilungen, deren Versammlungen immer des langen und breiten bekannt gegeben werden. Schlagworte: Sozialisten, Sozialisten usw. durchschwirren die Luft. Doch ließ man sich nicht verführen und antwortete auf den Hinweis, daß der im Arbeiterverein (Eig. Berlin) bestehende Fachabteilungen anzuschließen, daß doch dort nichts positives geschieht werden wäre, als daß man Zeitgelde bis in die frühen Morgenstunden verbrachte. Zwei aus Münster i. N. zugezogene Kollegen erklärten, daß sie in jener Sitzung ganz ruhig gewesen seien und sich über das einige Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und christlicher Gewerkschaft in ihrer Heimat. Einer der Fachabteilungsleiter, der in ihrem Betriebe als Betriebsrat angestellt ist, hätte diesen für den 1. Juli 5 Mk. 20 Pf. angeboten und wußten diese nicht, sollte davon Kost und Logis aber sonst etwas bezahlt werden. Welcher Geist herrscht im hiesigen Gewerkschafts-Verein, geht aus der Anfrage des Vorsitzenden hervor, daß er, wenn die Schlichter der christl. Gewerkschaften noch mal bei Vereinsbesuchen, er diese — finanziellen wird. (!) Dabei sind diese beiden Mitglieder des hiesigen Vereins. So weit geht der Geist. Kollege Sloger erklärte sich bekannt nicht bitten zu lassen, daß Befürworter des Gewerkschafts sei unklar, und ist es das gute Recht der Mitglieder, sich dagegen zu wehren. Er jagt eine Parallele mit dem hiesigen Verein, der im Jahre 1906 fünf Jahre lang durch einen Ausschuss — dann es aber jetzt keine Gedulde zu lassen. — Spirituelle Verbände bekämpfen, Sozialdemokratische Verbände unterstützen — dies kommt dabei heraus. Auf dem letzten der christlichen Verein der Fachabteilungen des Arbeitervereins auf die Anfrage, was man tun soll, wenn nichts im Gutes zu erwarten sei: Nun da wird es wohl noch Sozialdemokraten geben, die den beschriebenen Forderungen des Arbeitervereins den nötigen Rückhalt verschaffen! Einer dieser Delegierten erklärte, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen, wüßten wir entgegenzusetzen durch die nötige politische Bildung. Daraus ließ sich unser Vorstand, in unserer Versammlung, folgenden Beschlüsse zum Inhalt und zum Inhalt.

Eingesandt.

Zur Plauderei aus der Praxis.

Unter der Stichmarke „Plauderei aus der Praxis“ bespricht Kollege J. G. die einzelnen Holzbearbeitungs-Maschinen. Schon in den letzten Artikeln gibt Kollege J. G. manches zum Besten (Kreissäge und Bandsäge) was bei manchen Maschinenarbeitern ein Lächeln hervorgerufen haben wird. Es werden gewiß wenige Kollegen seine Schärfmethode nachmachen. Jetzt aber in der fünften Fortsetzung seiner Plauderei kommt etwas, das man nicht mehr so hinnehmen kann, weil hier die Interessen der Maschinenreiner geradezu mißachtet werden. Schon in einer früheren Nummer hat der Kollege dasselbe über die runden Messerwellen bei Abrichtmaschinen behauptet, wie diesmal wieder. Alles, Berufs-genossenschaft, Fabrikinspektion und Maschinenreiner, ja sogar die Unternehmer selber, sind sich einig, daß die runden Messerwellen gegen den Bierkantwellen ganz erheblich mehr Sicherheit gegen Unfallgefahr bieten und da kommt Kollege J. G. und schreibt daß die Rundwelle keinen „Deut“ besser sei, ja er mutet sogar den Fachblättern zu, den Maschinenarbeitern, welche oft alles daran setzen müssen, um die Rundwelle zu erlangen, in den Rücken zu fallen. Schon ein Laie, der eine Abrichtmaschine mit runden Messerwellen und eine solche mit einer Bierkantwelle ansieht, wird sofort sehen, daß die Unfallgefahr zwischen beiden eine ungleiche ist. Es scheint mir, Kollege J. G. hat überhaupt noch keine Rundwelle gesehen, vielweniger daran gearbeitet, denn sonst müßten seine Ausführungen ganz anders lauten. Vor allem läßt sich bei Rundwellen der Spalt zwischen den beiden Tischplatten so verringern, daß ein Hineinkommen mit der ganzen Hand unmöglich wird. Hier ist schon die größte Unfallgefahr beseitigt, weil eben nunmehr einzelne Finger verletzt werden können und das nur in geringem Maße. Man hat auch noch nicht gehört, daß bei Rundwellen schwere Verletzungen vorgekommen sind. Dann weiter hat eine Maschine mit Rundwelle gegenüber einer Bierkantwelle einen viel ruhigeren Gang. Bei einigermaßen scharfen Messern sind hier ganz kurze, wenn auch harte Holzstücke leicht abzurichten, was bei der Bierkantwelle unmöglich ist. Es wird dies jedem einleuchten, daß eine runde Welle ruhiger läuft, als eine Bierkantwelle; man bedenke nur, daß die Messer bei ersterer höchstens 30 mm breit und 2 oder 3 mm stark, und bei letzteren 80 mm und darüber breit und 11 bis 12 mm stark sind, also auch ein gewaltiger Gewichtunterschied besteht. Der enge Zusammenfluß der beiden Tischplatten über den Messern und der ruhige Gang einer Abrichtmaschine mit runden Wellen sind ganz erhebliche Vorteile, ohne von den weiteren Vorzügen, die eine Rundwelle besitzt, zu sprechen. Bei dem Kollegen J. G. gibt es ja keine Bierkantwellen, da auch diese rund sind, wenn sie im vollen Gange; so kalkuliert Kollege J. G. und doch habe ich es selbst schon gesehen, daß einem Arbeiter beim Abrichten drei Finger abgerissen wurden, die Finger aber vollständig unter der Maschine lagen.

Kam. d. Red. Die Vorteile der runden Messerwelle sind gewiß für jeden Fachmann unverkennbar. Wenn unser Mitarbeiter Kollege J. G. wiederholt zur Frage der Beschaffenheit der Messerwellen Stellung genommen hat und seine Ausführungen unverändert im Organ wiedergegeben wurden, so ist das geschehen, um eine Diskussion über die Frage herbeizuführen und wäre es nur zu begrüßen, wenn dem Beispiele des Kollegen R. mehr Verbandsmitglieder folgen würden.

Krankengeldzuschusskasse.

III. Generalversammlung der Verbands-Krankengeld-Zuschusskasse.

Zu Jahre 1902 entspann sich im Anschluß an einen Artikel unseres Organes über Volkstrankenassen, eine lebhafte Diskussion über die Frage, wie es möglich sei, den Verbandsmitgliedern ein autarkes Krankengeld zu beschaffen.

Sehr geteilt waren damals die Meinungen. Während die einen glaubten, bei einer Beitragserhöhung von 5 Pfg. aus der Verbandskasse ein Krankengeld in angemessener Höhe anzuschaffen zu können, waren die andern zwar ebenfalls für eine Erhöhung des Beitrages, wollten diese jedoch nur zu direkt gewerkschaftlichen Zwecken verwendet wissen. Die Vertreter der letzteren Ansicht kann man heute, ohne weiteres als die weitwärtigeren bezeichnen, die schon damals einsehen, daß zur Gewährung einer Krankenunterstützung aus Verbandsmitteln, ein Beitrag in der damaligen Höhe nicht ausreichte; besonders dann nicht ausreichte, wenn der Verband ernstlich beabsichtigt sei, die materielle Lage seiner Mitglieder zu bessern.

Daß jedoch mit dem Krankengeld der staatlichen Versicherung eine Arbeiterfamilie nicht auskommen kann, darin herrschte damals wie jetzt volle Einmütigkeit. Wenn auch mit dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes das bestehende Krankengeld nach der materiellen Seite an Schaden verlor, so war doch immerhin der Schaden an entgangenem Arbeitsverdienst und den sich als unumgänglich notwendig erweisenden Krankengeldausgaben für den Kranken geeignet, eine Arbeiterfamilie auf Jahre hinaus in Schulden zu stürzen. Aber auch mancher lebige Kollege, der von Krankheit heimgekehrt wurde, mußte die wenigen Ersparnisse, die er früher durch Ersparnisse von erkrankten Genossen sich erworben hatte, einbringen. Und welcher selbstbewußte, organisierte Arbeiter würde Freude daran haben, sich von Eltern oder sonstigen Familienangehörigen, wenn auch nur zeitweise, unterstützen zu lassen.

Nach die Tatsache, daß schon im Jahre 1901 nach der amtlichen Statistik insgesamt 476.260 Unfälle bei den Ver-

zu denken. Inzwischen ist die Zahl der Unfallverletzten noch gestiegen und zwar auf 645.583 im Jahre 1906. Es ist deshalb weiter nicht zu verwundern, wenn unsere Verbandsmitglieder großes Interesse für die Gewährung eines Krankengeldzuschusses in irgend einer Form, an den Tag legten.

Der Weg einer Verbandskrankenunterstützung war aus oben schon angebeuteten Gründen kaum gangbar, schon deshalb, weil der Verband genug damit zu tun hatte, die Kollegen bei ihren Lohnbewegungen zu unterstützen. Es sei nur an den, für die damaligen Verhältnisse immerhin respektablem Streik im Böhlethal erinnert.

Der Eintritt in die Hilfskassen sozialdemokratischer Richtung konnte aus naheliegenden Gründen ebenfalls nicht empfohlen werden. Wurde doch noch vor kurzem der Hamburger Metallarbeiterkrankenasse vor Gericht bestätigt, daß sie sozialdemokratisch sei. Und die letzte Generalversammlung der Hamburger Tischlerkrasse schloß man, laut „Holzarbeiter-Zeitung“ mit der Abjüngung der Arbeitermarkeilasse.

Gewissenlose Agenten, die zum Teil auf anderen Gebieten bereits abgewirtschaftet hatten, glaubten ein willkommenes Ausbeutungsobjekt in der nach Erhöhung des Krankengeldes strebenden Arbeiterschaft gefunden zu haben. Unter klangvollen Namen, wie Hoffnung, Thüringia, Bavaria, Eiche u. wurden Krankenkassen gegründet, die scheinbar nur aus reiner Menschenliebe den kranken Arbeitern helfen wollten. Vorsichtige Leute nannten diese Art Kassen Agentenkassen, während die Arbeiter in etwas berberer Ausdrucksweise ihnen den Namen Schwindelkassen beilegte. Leider gibt es auch heute noch Arbeiter, die trotz der vielen üblen Erfahrungen, welche mit diesen Kassen, deren Hauptzweck die Beschaffung horrender Gehälter für leidende Personen ist, gemacht wurden, auf derartiges hereinfallen.

Nachdem sich dann auch die Verhandlungen mit einigen Kassen konfessioneller Arbeitervereine zerstreut, beschritt man den einzigen Ausweg, die Gründung einer selbständigen Krankengeldzuschusskasse unseres Verbandes. Auf dem Kölner Verbandstage 1902 wurde die Gründung einer solchen beschlossen und am 1. Oktober 1903 der Beschluß in die Tat umgesetzt. Seitdem hat die Kasse in vorzüglicher Weise für die ihr angeschlossenen Kollegen gearbeitet.

Der Vorsitzende der Kasse, Schmidler-Ehrenfeld, eröffnet um 10 1/2 Uhr die Generalversammlung und begrüßt die erschienenen Delegierten, die Vertreter des Verbandes und die Gäste. Nach Bekanntgabe der folgenden Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Beratung der Anträge; 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren; 4. Verschiedenes: wird als Schriftführer der Verhandlungen Rust-Essen vorgeschlagen und gewählt.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit der Delegierten: Reher-Münster, Rickard-Nachen, Radziki-Ehrenfeld, Burs-Eöln, Schmitt-Kall, Korting-Krefeld, Nieden-Rippes, Gizen-Ehrenfeld, Potthoff-Düsseldorf, Terheiden-Duisburg, Bitterburg-Bochum, Kazmarek-Ehrenfeld, Brähler-Eöln, Strahl-Berndorf, Schulte-Düsseldorf, Wingeis-Ehrenfeld, Rust-Essen, Grönwald-Bonn, Rick-Eöln. — Der als Delegierte gewählte Kollege Spies-Kall ist am Erscheinen verhindert. Die Verwaltungsstelle Kall hat als Ersatzmann den Kollegen Stalinski gewählt, gegen dessen Teilnahme an den Verhandlungen Einwendungen nicht erhoben werden.

Rick-Eöln als Kassenführer erklärt, daß die Wahl sämtlicher Delegierten nahezu einstimmig erfolgt sei. Nur in einer Verwaltungsstelle sei eine Zersplitterung der Stimmen zu verzeichnen.

Zur Prüfung der Mandate werden Wingeis-Ehrenfeld und Bitterburg-Bochum gewählt.

Rick-Eöln weist darauf hin, daß die Generalversammlung den Anforderungen der Statuten entsprechend, einberufen sei. Einwendungen seien nicht erhoben worden. — Eine Prüfung der Kasse durch eine von der Generalversammlung gewählte Kommission dürfte sich wohl erübrigen, da noch am gestrigen Abend die Revisionskommission Bächer, Delege und Kasse geprüft hat.

Radziki-Ehrenfeld berichtet als Kommissionsmitglied, daß die Revision stattgefunden und Bächer, Delege und Kasse miteinander übereingestimmt haben. Es hat sich alles in bester Ordnung befunden und beantragt die Kommission, dem Kassenführer Entlassung zu erteilen.

Entlassung wird dem Kassenführer einstimmig erteilt. Den

Bericht über den Stand und die Tätigkeit der Krankengeldzuschusskasse

des christlichen Holzarbeiterverbandes vom 1. Jan. 1906 bis 31. Dezember 1907 erstattet der Kassenführer Rick. — Auf der Generalversammlung in Essen war man sich darin einig, daß trotz des aus bekannten Gründen kleinen Agitationsgebietes, der Kasse eine größere Zahl von Verbandsmitgliedern angehören könnten. Auch steht leider heute noch ein großer Teil der Verbandsmitglieder der Kasse fern.

Während der Berichtszeit bewegte sich die Mitgliederzahl in langsam aufsteigender Weise. Am 31. Dezember 1905 betrug dieselbe rund 500 und stieg auf 570 am 31. Dez. 1906 und auf 583 am 31. Dezember 1907 (dem Schluß der Berichtszeit). Es ergibt sich also ein Mehr von 83 Mitgliedern. Die Steigerung hielt auch im ersten Halbjahr an und wurden am 1. Juli 1906 622 Mitglieder gezählt. Von den 583 Mitgliedern am Jahreschluß 1907 waren 83 Mitglieder in der ersten, 262 in der zweiten und 288 in der dritten Klasse.

Verwaltungsstellen bestanden am 31. Dezember 1907 45 gegen 42 am Schluß des Jahres 1906. Am 1. Juli 1908 waren 50 Verwaltungsstellen vorhanden. 66 Einzelmitglieder werden von der Zentralstelle aus besorgt. Die Kassenverhältnisse ergeben für die Zeit vom 1. 1. 06—31. 12. 07 folgendes Bild:

a) Einnahmen.	
Kassenbestand am 1. 1. 06	1 648,53 RM.
Eintrittsgelder	118,00 "
Beiträge	16 967,15 "
Zinsen von Kapitalien	124,06 "
Abgeschlossene Sparkasseneinlagen	7 861,88 "
Angenommene Beiträge u.	8 915,27 "
Sonstige Einnahmen	21,75 "

Beitragszahlung.

Jedes Mitglied forge für die pünktliche Entrichtung seiner Beiträge. Wer länger wie 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, verliert nach § 34 des Statuts jeden Anspruch auf Unterstützung.

b) Ausgaben.	
Krankengelder	15 354,95
Verwaltungskosten (persönliche)	380,00
(sächliche)	813,23
Eingezahlte Sparkasseneinlagen	9 878,06
Zurückgezahlte Vorschüsse u.	8010,04
Sonstige Ausgaben	92,20
Summa	34 468,48
Gesamteinnahmen	35 656,64
Gesamtausgaben	34 468,48
Bestand	1 188,16
Reservefonds am 31. 12. 07	3 950,00
Gesamtvermögen am 31. 12. 07	5 138,16

Das Gesamtkassenvermögen, welches am 1. Januar 1908 3582,35 Mark betrug, stieg bis zum 1. Januar 1908 auf 5 138,16 Mark.

Es ergibt sich bei dem Kassengebaren das Bild wie bei den meisten Krankenkassen: Steigerung des Vermögens solange die Konjunktur gut ist, Sinken desselben mit eintretender Krise. Im 1. Halbjahr 1908 machten sich dieselbe Erscheinung schon bemerkbar. In diesem steht einer Einnahme an Beiträgen von rund 5 250 Mk. eine Ausgabe an Krankengeld von 5 850 Mk. gegenüber. Vom Tage der Gründung der Kasse an (1. 10. 03) bis zum 31. 12. 1907 wurden an Beiträgen 31 231,50 Mk. vereinnahmt. Insgesamt wurden in dieser Zeit 25 693,88 Mark Krankengeld ausgezahlt gleich 82% der Einnahme an Beiträgen.

In der Berichtszeit wurde an insgesamt 308 Kollegen für insgesamt 10 775 Tage Krankengeld ausgezahlt. Auf die Mitglieder der einzelnen Klassen verteilt sich das Krankengeld wie folgt: (Ohne Berücksichtigung der Einzelmittglieder) I. Klasse 286,40 Mk., II. Klasse 4 921,50 Mk., III. Klasse 5 682,30 Mk. In der ersten Klasse wurden den Mitgliedern 56%, in der zweiten 91% und in der dritten Klasse 93% der Beiträge als Krankengeld wiederum zurückerstattet. Seit Bestehen der Kasse gerechnet, erhielten die Mitglieder der I. 54%, der II. 77% und der III. Klasse 88% ihrer Beiträge als Krankengeld wiederum retour.

Die Anlegung einer Statistik über die Aufwendungen der Kasse für die einzelnen Krankheitsarten war für die Berichtszeit nicht durchführbar, wird jedoch im Auge behalten werden. Die Agitation für die Kasse dürfte seitens der Verwaltungsstellen mehr wie bisher betrieben werden. Seitens der Zentrale wurden verschiedentlich Rundschreiben an die Verwaltungsstellen behufs besserer Agitation geschickt. Auch stand zu Gunsten auf die Kasse sowie sonstigen Bekanntmachungen unser Verbandsorgan „Der deutsche Holzarbeiter“, jederzeit zur Verfügung. Ein nach der Berichtszeit (Juni 1908) herausgegebenes Flugblatt zur Gewinnung neuer Mitglieder brachte zwar einen kleinen, jedoch nicht den gewünschten Erfolg. — Verwaltung der Kasse: Der Zentralvorstand legte sich aus folgenden Kollegen zusammen: Eduard Schmidler, I. Vorsitz, Peter Nieden, II. Vorsitz, Joseph Flohr, III. Kassierer, Peter Würfler, Schriftführer, Jakob Wiegels, Math. Gadenbroich, Joseph Schmitt, Hubert Henseler, Beisitzer. Als Geschäftsführer war bis zum 31. Dez. 1907 Kollege Köper tätig. Da derselbe am 1. Januar 1908 einen anderen Posten in der Gewerkschaftsbewegung annahm, der ihm die Führung der Kassengeschäfte weiterhin unmöglich machte, wurde zum 1. Januar 1908 Kollege Mid als provisorischer Geschäftsführer gewählt.

Laut Statut scheiden aus dem Vorstand die Kollegen: Nieden, Wiegels, Gadenbroich und Henseler aus und ist eine Neuwahl auf der Generalversammlung vorzunehmen. Die Haupttätigkeit ist, außer von den örtlichen Kassierern, an der Zentralstelle zu erledigen. Bei wichtigeren Anlässen wurden Vorstandssitzungen einberufen und fanden deren 10 statt. Revisionen der Hauptkasse wurden seitens der Aufsichtsbehörde vier vorgenommen. Dieselben erstreckten sich auf die Durchsicht und Prüfung der Bücher, Belege und Bestände. Die amtlichen Revisoren berichteten wiederholt über Revisionen von Verwaltungsstellenklassen an die Zentrale und verlangten die Abstellung kleinerer Mängel.

Die auf der Essener Generalversammlung gewählten Revisionskommission, bestehend aus den Kollegen: Schomers-Eöln, Hilpoltsteiner-Eöln, Radzili-Ehrenfeld, revidierten ebenfalls wiederholt die Kasse. Kollege Hilpoltsteiner schied während der Berichtszeit aus der Kasse aus und nahm demzufolge an den weiteren Revisionen nicht mehr teil.

Der Verkehr der Verwaltungsstellen mit der Zentrale geht im allgemeinen glatt von statten, wenngleich auch einige Wünsche dieserhalb zu äußern sind. In erster Linie muß gewünscht werden, daß die Quartalsabrechnungen sämtlich frühzeitig einlaufen. Einige Verwaltungsstellen, es sind immer dieselben, können sich an Pünktlichkeit noch nicht gewöhnen. Zwei Zahlstellen senden eine Abrechnung niemals ein, ohne daß sie gemacht sind. Es mangelt auch an der Einsendung der Belege und sollte letzteres auch ohne Rahmung geschehen, da die Aufsichtsbehörde die Vorlegung der Belege, bei der Revision der Kasse an der Geschäftsstelle, verlangt. Sehr zweckmäßig wäre auch das Einsenden von Material aus anderen Kassen, wodurch manche praktischen Fingerzeige für unsere Kasse gegeben werden können.

Trotz der Einführung der Verbandskrankenunterstützung hat die Krankengeldzuschusskasse auch in der Berichtszeit nicht an Bedeutung verloren und übt dieselbe für die angeschlossenen Kollegen eine segensreiche Wirksamkeit aus. Wenn heute ein Holzarbeiter durch nicht allzulange Krankheit in Not und Schulden gerät, so kann man dies ruhig auf sein eigenes Schuldkonto schreiben. Die Gelegenheit, sich ein Krankengeld fast oder ganz in Höhe des verdienten Lohnes zu sichern, ist jedem noch nicht 45 Jahre alten Kollegen gegeben. Mögen daher alle Verbandsmitglieder sich diese Einrichtung des Verbandes dadurch zu Nutzen machen, daß sie selbst Mitglied der Kasse werden und die übrigen Kollegen veranlassen, ein Gleiches zu tun.

Trotz der Kürze des Berichtes glaubt der Vorstand in demselben ein Bild über Stand und Tätigkeit der Kasse gegeben zu haben. Der Vorstand erhofft von der Generalversammlung die Fassung von Beschlüssen, die geeignet sind, das Ansehen der Kasse zu fördern und die Tätigkeit derselben für die Mitglieder immer besser zu gestalten.

Verlust. Hier muß eine Aenderung eintreten. Die Kontrolle und die Krankheitsbescheinigung der Ortskrankenkasse muß genügen. Ruß-Essen: Die Agitation für die Kasse wird erschwert, weil das Gros der Verbandsmitglieder gleichzeitig den Gesellen- und Arbeitervereinen angehören und hier auch den bestehenden Krankenkassen angeschlossen ist. — Eine genaue Ausfüllung der Formulare ist heute kaum möglich, da die Personalien der Mitglieder in den Büchern nicht ersichtlich sind. Eine Reform des Formularwesens ist sehr notwendig. — Zweckmäßig erscheint auch, jedem Mitgliede am Jahresschluß eine Aufstellung über die Entwicklung der Kasse zuzustellen.

Reher-Münster: Die Personalien der Mitglieder sollten anstatt alle Vierteljahr, nur jährlich von der Hauptkasse verlangt werden. Den Verwaltungsstellen-Kassierern erwächst hierdurch eine bedeutende Arbeit. In Zukunft sollten die Personalien aus dem Hauptbuch direkt ersichtlich sein.

Bunse-Eöln: Die Gewinnung von Mitgliedern kann keine bedeutende mehr sein. Wir haben z. B. in Eöln mit denselben Verhältnissen zu rechnen wie in Essen. Ähnlich liegen die Dinge überall. Jedoch sollte versucht werden, noch zu gewinnen, was zu gewinnen ist. Die Hausagitation ist dabei anzuwenden und wird dieselbe uns bedeutend dadurch erleichtert, daß die Adressen vorhanden sind.

Mid-Eöln: Die Konkurrenz der Gesellenvereinskassen kommt bei unsern jüngeren Kollegen in den Jahren der Wandererschaft nicht so sehr in Betracht, da sich die Kassen meistens auf eine Stadt beschränken. — Die periodische Zusendung eines Berichtes über den Stand und die Tätigkeit der Kasse läßt sich durchführen. Im Verbandsrat ist man jedoch von dieser Praxis abgegangen. Es dürfte sich schließlich empfehlen, über die Kasse alle Jahre in der Weise Bericht zu erstatten, wie es seitens des Verbandes alle Vierteljahr geschieht.

Beratung der Anträge.

Diskussion.

Mid-Eöln macht darauf aufmerksam, daß sich unter den Anträgen neben Aenderungen, die ganz selbstverständlich, auch solche befinden, die für die Kasse von einschneidender Bedeutung sind. Selbstverständliche Aenderungen der Statuten ergeben sich aus der Aenderung des Namens des Verbandes, der Aenderung des Zeitungstitels, sowie aus dem Umstande, daß die Kasse bereits mehrere Jahre besteht und dieserhalb verschiedene Statutenbestimmungen überflüssig werden. — Bezgl. der Herabsetzung des Alters für Neueintretende ist zu bemerken, daß nur die Düsseldorf-Kasse eine niedrigere Altersgrenze hat. Die Fassung der Statuten ist hier jedoch so, daß auch die Aufnahme von älteren Leuten möglich ist.

Bunse-Eöln erklärt sich für die Herabsetzung des Aufnahmealters, jedoch mit der Maßgabe, daß bis zu einem Vierteljahr nach Errichtung einer Verbandszahlstelle die Mitgliedschaft bei einem Alter bis zu 45 Jahren erworben werden kann.

Reher-Münster erörtert die Möglichkeit, daß Kollegen bis zu ihrem 45. Jahre mit dem Beitritt zur Kasse warten und dann dieser des öfteren zur Last fallen. Eine Herabsetzung des Aufnahmealters sei wohl zweckmäßig.

Nieden-Rippes ist für die Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen. Manchem Kollegen machen es die Verhältnisse unmöglich, frühzeitig der Kasse beizutreten. Es trifft dieses besonders bei denen zu, die erst in reiferem Alter vom Lande in die Stadt kommen.

Rickard-Aachen schließt sich Nieden an und bringt die Ansicht weiter Kollegenfreise zum Ausdruck, die eine Erhöhung des Aufnahmealters auf 50 Jahre verlangt.

Wiegels-Ehrenfeld: Wir müssen in der Zeit der Wirtschaftskrise doppelt vorsichtig sein. Der Stand der Kasse kann sich leicht verschlechtern und sollten wir der Verschlechterung nicht noch Vorschub leisten. Auch die Ausnahmen bei Neugründungen von Zahlstellen sind unangebracht, da sich Neugründungen leicht ermöglichen lassen.

Ruß-Essen: Die Beschränkung auf 40 Jahre ist kaum am Platze, da die Rücksicht auf die Kasse das kaum erfordert. Erst sollte sich die Notwendigkeit für diese Maßnahme herausstellen. Nicht das Alter ist das Entscheidende, sondern die Person. Jeder Aufzunehmende muß durch einen guten, gewissenhaften Vertrauensarzt untersucht werden. Ohne genaue Untersuchung kann die Kasse auch von jungen Mitgliedern zu Grunde gerichtet werden. — Kommt es zur Herabsetzung des Aufnahmealters, so erscheint die Festsetzung einer Ausnahmestufe sehr geboten.

Mid-Eöln: Da statistisches Material darüber, was die über 45 Jahre alten Mitglieder der Kasse kosten, nicht vorliegt, ist es ratsam, erst Erhebungen darüber anzustellen und dann zu handeln. Sizen-Ehrenfeld ist der Ansicht, daß ein Alter bis 45 Jahre für die Kasse reichlich hoch sei. Die Kollegen, die alles auf die lange Bank schieben, brauchen nicht allzu rücksichtslos behandelt zu werden.

Korting-Erefeld: Die Aufnahme allerer Kollegen ist für die Kasse nicht von dem Nachteile, wie die Aufnahme solcher Kollegen, die schon früher eine Krankheit durchzumachen hatten.

Schmitt-Kalk hält ein radikales Vorgehen in der Altersfrage für unangebracht; erst solle diesbezügliches Material gesammelt werden. Wiegels-Ehrenfeld bittet den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze nicht zu verwerfen. Höchstens solle man dem Vermittlungsvorschlage des Kollegen Ruß zustimmen.

Reher-Münster schließt sich dem an. Rickard-Aachen: Setze man doch nicht zu viel Wert auf das Alter. Die Beschaffenheit des Körpers und die Lebensweise des Menschen sind bedeutend wichtigere Dinge.

Nieden-Rippes: Einzig eine solide ärztliche Untersuchung sichert die Kasse vor Schaden. Hier haben die Verwaltungsstellen die Pflicht, aufzupassen. Bunse-Eöln verlangt Vorsicht bei Kollegen, die von anderen Kassen übertreten.

Strahl-Bertrath: Bei Übertritten aus anderen Kassen ist ein ärztliches Gesundheitsattest viel mehr am Platze, als eine Karenzzeit. Korting-Erefeld bittet, es bzgl. der Bestimmungen, die von Übertritten aus anderen Kassen reden, beim Allen zu lassen.

Pothhoff-Düsseldorf hält das Fallenlassen der Karenzzeit bei Übertritten angebracht, falls der Übertretende ein ärztliches Gesundheitsattest beibringt. Würfler-Ehrenfeld: Der Antrag, der den Übertretenden Beitragsgeld und Karenzzeit erlassen will, mißt mit zweierlei

Maß. Die neu eintretenden jungen Kollegen, die doch auch gesund sein müssen, haben die Karenzzeit durchzumachen. Sie befinden sich so im Nachteile.

Korting-Erefeld begründet einen Antrag, der bei Neugründungen die Altersgrenze in Fortfall bringen will. Auch in anderen Kassen sei bei Neugründungen das Alter unbegrenzt. Mid-Eöln erwidert daß sich jene Kassen ein Hintertürchen aufgelassen hätten, indem das Statut erkläre, daß die Altersgrenze eine höhere sein kann. Von dem Worte „kann“ hänge bei diesen Kassen viel ab.

Henseler-Ehrenfeld befürchtet durch die Aufnahme einer solchen Bestimmung eine starke Belastung der Kasse. Würfler-Ehrenfeld hegt dieselben Bedenken.

Mid-Eöln gibt dann Auskunft über den Antrag des Vorstandes, der eine anderweitige Festsetzung der Beiträge und der Leistungen der Kasse vorsieht. Der Vorstandsantrag bedeutet eine Erhöhung der Beiträge in allen drei Klassen um 5 Pfg. pro Woche und eine Erhöhung der Leistungen entsprechend der Erhöhung der Beiträge. Auch nach einer solchen Neuregelung steht die Kasse in bezug auf ihre Leistungen ebenso günstig da, wie andere Kassen. An Hand reichhaltiger Materials bringt Reher den Nachweis, daß eventuelle Einwendungen nicht von Belang sind. Es tritt daraufhin um ein Uhr die Mittagspause ein. Um 1/3 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Dem Antrage der Mandatsprüfungskommission entsprechend werden sämtliche Mandate für gültig erklärt. Ruß-Essen findet eine Abrundung der täglichen Leistungen der Kasse im Vorstandsantrage für zweckmäßig.

Pothhoff-Düsseldorf: Wenngleich auch eine Erhöhung des Beitrages vorgenommen werden soll, bin ich nicht für eine Erhöhung des Krankengeldes. Besser wäre vielmehr, für die höheren Beiträge ein kleines Sterbegeld zu gewähren und die Zahlung der Beiträge während der Erwerbsunfähigkeit zu erlassen.

Reher-Münster begründet einen Antrag, der für die chronisch Kranken, die den Höchstsatz an Unterstützung bezogen, eine 52 wöchentliche Wartzeit vorsieht.

Ruß-Essen ist auch der Ansicht, daß bei den chronisch Kranken einer zu starken Belastung der Kasse vorgebeugt werden muß. Eine Anzahl Reher äußern sich noch im selben Sinne.

Ruß-Essen wünscht dann noch, daß eine Bescheinigung des Arztes über die Dauer der Krankheit nur nach Beendigung des letzteren beigebracht werden müsse. Anders lasse sich, besonders wenn das Mitglied einer Betriebs-Krankenkasse angehöre, die Sache nicht machen.

Die Diskussion über die sonstigen Anträge ist nur unwesentlich. Beschlüsse.

Angenommen werden alle Anträge, die sich mit redaktionellen Aenderungen des Statuts befassen, sowie die folgenden Anträge des Vorstandes:

Die Kasse besteht aus drei Klassen, und beträgt der wöchentliche Beitrag in der 1. Klasse 20 Pfg., 2. Klasse 30 Pfg., 3. Klasse 45 Pfg. In dringenden Fällen hat der Zentralvorstand das Recht, Extrabeiträge anzuordnen. Die Höhe des Krankengeldes beträgt in der 1. Klasse 75 Pfg. pro Tag und 5,25 Mk. pro Woche, in der 2. Klasse 1,10 Mk. pro Tag und 7,70 pro Woche und in der 3. Klasse 1,65 Mk. pro Tag und 11,55 pro Woche.

Die erhöhten Beiträge treten am 1. Januar 1908, die erhöhten Leistungen am 1. April 1909 in Kraft.

Zum § 20. Unter 2. soll es heißen: „Wenn ein Mitglied, welches dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter nicht mehr angehört, länger wie 14 Tage, oder ein Mitglied, welches noch Mitglied genannten Verbandes ist, länger wie vier Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. Unter 3. anstatt „den in § 3“ usw., „den in § 2 und 3“ usw. zu setzen. Am Schluß anzufügen: In den unter 3 und 4 genannten Fällen ist der Betrag, um den die Kasse geschädigt wurde, zurückerstattet.“

Zum § 22. „Die Vorstände der Verwaltungsstellen haben die Pflicht, die erkrankten Mitglieder zu kontrollieren.“ Mitglieder, welche vom Vorstand einer Verwaltungsstelle mit der Kontrolle eines Kranken beauftragt werden, sind verpflichtet, dieselbe nach Recht und Gewissen auszuüben.

Von den Anträgen der Verwaltungsstellen werden angenommen: Berlin: Für neuaufgenommene Mitglieder besteht eine Wartzeit von 12 Wochen, sodas ein Mitglied erst am 85. Tage nach der Aufnahme Krankengeld beziehen kann, und zwar vom 85. Tage eine Unterstützung auf 13 Wochen, vom 170. Tage ab eine solche auf 26 Wochen.

Münster: Mitglieder, die den Höchstsatz an Krankengeld bezogen haben, können erneut Krankengeld erst dann wieder beziehen, wenn nach Beginn der letzten Krankheit wiederum 52 Beiträge geleistet sind. Entwickelt sich die Krankheit zu einer chronischen und ist der Höchstsatz vom Krankengeld bezogen, so kann erst nach einem Zeitraum von 104 Wochen wieder Krankengeld bezogen werden.

Die Anträge, die auf eine Reform des Formularwesens hinzelen, werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber die Möglichkeit des Erlasses von Beiträgen während der Unterstützungszeit soll der Vorstand Erhebungen veranstalten. Alle sonstigen Anträge werden abgelehnt.

Der auf der Essener Generalversammlung beschlossene Nachtrag II des Statuts wurde genehmigt.

Vorstandswahl.

Statutgemäß scheiden aus dem Vorstande aus die Kollegen Nieden-Rippes, Wiegels, Henseler und Gadenbroich-Ehrenfeld. Anstelle des letzteren tritt Mid-Eöln. Die anderen drei Kollegen werden wiedergewählt.

Als Ersahmänner werden gewählt: Gadenbroich-Ehrenfeld, Stalinski-Kalk und Bunse-Eöln.

Als Revisoren fungieren: Brähler-Eöln, Sizen und Radzili-Ehrenfeld. Verschiedenes.

Von den Delegierten werden verschiedene Anfragen gestellt betreffend: Neuaufnahme ohne ärztliches Attest; Krankenkasse und Unfallversicherung; Beitragsleistung während der Inhaftierung; Zugehörigkeit zu mehreren Kassen und Kürzung des Krankengeldes; Anspruch der Hinterbliebenen auf das Krankengeld u. s. f. — Die gestellten Fragen werden vom Vorstandsstütze aus beantwortet.

Als Entschädigung erhalten die auswärtigen Delegierten der Generalversammlung 3 Mk. Spesen, neben der Erstattung des Fahrgeldes. Für die Eöln-Delegierten werden 2 Mark Spesen bestimmt.

Die Beratungen sind um 1/2 6 Uhr beendet und bemerkt Mitglied Cöln im Schlußwort, daß die Delegierten nun wieder für zwei Jahre Ruhe hätten. Allerdings dürfe sich die Ruhe nicht bei der Agitation und dem weiteren Ausbau der Kasse bemerkbar machen. Pflicht der anwesenden, sowie aller Kassenmitglieder sei es, die Kasse in den nächsten zwei Jahren vorwärts zu bringen. Der Vorstand würde gewiß sein möglichstes tun und auch die Wünsche der Verwaltungsstellen bezgl. der Reform des Formularwesens erfüllen. Erfüllten sämtliche Mitglieder mit dem Vorstande ihre Aufgabe, so könne es nicht ausbleiben, daß die Kasse sich immer mehr kräftige und eine fegekreiche Tätigkeit entfalte, zum Nutzen aller, die sich ihr angeschlossen.

Gewerkschaftliches.

Die „Erhabenen“. In der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteipresse macht eine Notiz die Kunde, die sich mit den harmlosen, im „Holzarbeiter“ unter dem Strich erschienenen Tagebuch-Notizen eines nicht existierenden Delegierten zum Münchener Verbandstage beschäftigt. Mit größtmöglicher fittlicher Entrüstung, die nur noch übertroffen wird von der Heuchelei der roten Demagogen, verweist man auf die Pflege des „christlichen Suffs“ als „ganz spezifisch christliches Erziehungs- und Bildungsmittel“. Sonderbarerweise sitzen die Urheber und Verbreiter dieser Notiz nun im Ruhrrevier, wo sie als Erzieher der sozialdemokratischen Massen, jedenfalls Befähigung genug haben, den christlichen Arbeitern mit gutem Beispiel voranzugehen und für die Eindämmung des „sozialdemokratischen Suffs“ zu sorgen. Doch soweit haben es die erbärmlichen Heuchler noch nicht gebracht. In widerlicher Weise werden harmlose, in der gegnerischen Presse gerundene Notizen benutzt, um die Schlechtigkeit und moralische Verkommenheit des Gegners und die eigene Erhabenheit zu beweisen. Aber es gibt nun einmal soziald. Beuchler, denen jede Geistesverfassung geläufig ist. Im Ruhrrevier haben sie ihr Domizil und wirken hier zur Hebung der sozialdemokratischen Massen. In welcher Weise, davon legen die Erinnerungen des verstorbenen soziald. Abgeordneten Auer Zeugnis ab. Als er gelegentlich an einer Parteiverammlung in Dortmund teilnahm, wurde er von den eigenen Parteigenossen verhöhrt und beschimpft. Auer hörte sich alles geduldig an und ging nach Beendigung der Versammlung in sein Hotel. Mit ihm zog der Groß der Versammlungsteilnehmer, mit denen Auer nun freundlich plauderte. Als ihn anderen Tages ein Parteigenosse fragte, ob er sich dann gar nichts daraus mache, wenn er, wie es in der Versammlung geschehen sei, in so gemeiner Weise beschimpft werde, erwiderte Auer:

„Bedenken Sie, was das für verpfuselte Gehirn sind. Da wägen sich die Gedanken nebelhaft hin und her. So was begreift nur schwer. — Heute ist Reichland-Beschaffen der Arbeiterlehrerhochschulen Deutschlands. Aller Dreck und alle Lumpen aus der Arbeiterschaft werden dorthin zusammengepöckelt.“

Es charakterisiert Auer seine eigenen Genossen. Und die Führer dieser so charakteristischen Elemente stellen sich heute mit gut gehobener fittlicher Entrüstung auf die Gasse, und bewirken andere mit Scham, derweil sie fast im eigenen Dreck erstickten. Wir wollen sie als „die Erhabenen“ gelten lassen, und gönnen ihnen gern die „großen Bedenken“, die sie notwendig haben, um Mut zur Angliederung der christlichen Gewerkschaftler zu gewinnen.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufe. In den Tagen vom 20.—22. September hielt der christliche Malerverband im Rathshaus zu Düsseldorf seine vierte Generalversammlung ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wohnte Generalsekretär Stegerwald den Verhandlungen bei. Aus dem gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß der Verband in der Berichtszeit trotz der schlechten Konjunktur wiederum Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist um 886, von 2560 am 1. Juli 1906 auf 3446 Mitglieder am 1. Juli 1908 gestiegen. Die Einnahmen haben sich gegenüber der letzten Berichtszeit verdoppelt und betragen 7464,98 Mk. Besonders durch die vielen Lohnkämpfe, die der Verband zu führen gezwungen war, sind auch die Ausgaben bedeutend gestiegen; sie betragen insgesamt 6903,27 Mk. Es waren 51 Lohnbewegungen mit 2309

beteiligten Mitgliedern zu verzeichnen; davon waren 7 Streiks und 10 Aussperrungen mit 1192 Beteiligten. In 15 Fällen war die Mehrzahl der Beteiligten christlich organisiert. Die Lohnkämpfe waren fast alle von Erfolg begleitet. An direkten Lohnverbesserungen waren für die Mitglieder des Verbandes hierdurch 287389 Mk. zu verzeichnen, während an Arbeitszeitverkürzung 172750 Stunden pro Jahr erreicht wurden. Insgesamt dürfte die Summe der Lohnverbesserungen in den Jahren 1907 und 1908 gegen früher rund 400000 Mk. betragen. Tarifverträge wurden in der Berichtszeit 36 abgeschlossen. Bemerkenswert ist die veränderte Stellungnahme der Arbeitgeber des Malergewerbes gegenüber den Tarifverträgen. Während man früher eine feindselige Stellung denselben gegenüber einnahm, betreibt jetzt der Arbeitgeberverband für das deutsche Malergewerbe mit Nachdruck die Abschließung von Tarifverträgen und dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo ein Einheitsstarif für das ganze Gewerbe abgeschlossen wird. Die Generalversammlung befaßte sich mit einer Revidierung des Statuts. Die Gewährung von Rechtsschutz bei allen Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis oder der Arbeiterversicherungsgegebung entstehen, wird beschlossen, ebenso die Erhöhung der Reise- und Sterbeunterstützung. Zwecks späterer Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wird der Zentralvorstand mit der Erhebung von statistischem Material als Grundlage hierzu beauftragt. Die Generalversammlung befaßte sich dann eingehend mit der im Malergewerbe bestehenden Gefahr für Leben und Gesundheit durch die Verwendung von Bleiweiß und bleihaltigen Farben. Allseitig wurde über die Lage Durchführung der am 27. Juli 1905 vom Bundesrat erlassenen Verordnung, sowie über die schlechte Kontrolle seitens der Behörde geklagt. Da die Verwendung des Bleiweiß bei Innenarbeiten besonders gefährlich und wie die angestellten Versuche ergeben haben, daselbe bei diesen Arbeiten vollständig zu entbehren ist, fordert die Generalversammlung von der Gesetzgebung ein vollständiges Verbot der Verwendung von Bleiweiß bei Innenarbeiten. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der bisherige 1. Vorsitzende Melcher (Düsseldorf) wiedergewählt. Die Verhandlungen schlossen mit einem längeren Schlußwort des Generalsekretärs Stegerwald über die wirtschaftspolitische und kulturelle Bedeutung der christl. Gewerkschaften. Der christl. Malerverband kann mit Befriedigung auf die Tagung zurückblicken, die zweifellos zu seiner weiteren Stärkung beitragen wird.

Soziale Rundschau.

Drohende Arbeitslosigkeit. Mit dem kommenden Winter droht die wirtschaftliche Entwicklung einer Periode schweren Niederganges und damit verbundener Arbeitslosigkeit entgegenzugehen. Die im vorigen Jahre von Amerika ausgehende wirtschaftliche Depression, die im Sommer infolge der Nachfrage von Arbeitskräften in der Landwirtschaft weniger in Erscheinung trat, ist noch nicht überwunden, und die Anzeichen, daß die kommenden Monate unter ihrem Einfluß stehen werden, sind nicht zu verkennen. Am stärksten kommt dies gegenwärtig in England zum Ausdruck, wo mehr als 60000 Personen schon jetzt arbeitslos sind und immer neue Entlassungen in allen Gewerben vorgenommen werden. Auch in Deutschland zeigt sich die rückläufige Konjunktur gegenüber dem Vorjahre. Während in den deutschen Gewerkschaften im 2. Vierteljahr 1907 im Durchschnitt 1,3—1,4% Arbeitslose gezählt wurden, war es im Zeitraum des Jahres 1908 gerade die doppelte Anzahl. In einzelnen Gewerben, z. B. bei den Tapezieren, den Gutmachern, im Baugewerbe und der Metallindustrie ist die Arbeitslosigkeit noch viel höher und steigt sich z. B. auf 15—20%. Eine weitere Verschlechterung der Lage ist zu befürchten. Es ist angesichts dieser Situation erforderlich, daß von Staat und Gemeinden vorübergehende Maßnahmen durch rechtzeitige Vorbereitung von Notstandsarbeiten getroffen werden und daß namentlich die parlamentarischen Körperschaften sich der Frage annehmen. Vor allem aber muß darauf hingewirkt werden, daß bei Arbeiten im Inlande in erster Linie inländische Arbeiter Verwendung finden und daß nicht, wenn Tausende von heimischen Arbeitern keine Beschäftigung in ihrem Berufe finden können, die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch mit allen Mitteln erleichtert wird. Schon aus rein praktischen Gründen liegt

es im Staatsinteresse, die heimischen Arbeitslosen zu bevorzugen, die sonst die Armenverwaltungen belasten würden, außerdem aber geht das Bestreben dahin, bei wirtschaftlichen Krisen durch Einrichtung von Notstandsarbeiten Arbeitslose unterzubringen. Es ist zu erwarten, daß die zuständigen Stellen und Körperschaften sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen werden. Besonders aber wird in den Gemeindeverwaltungen eingehend über die Einrichtung von Notstandsarbeiten zu beschließen sein, damit nicht, wenn die Not am höchsten ist, die Frage erst bis zur Diskussion geziehen ist. Wer schnell hilft, hilft doppelt, das gilt besonders, wenn es sich darum handelt, eine Arbeiterfamilie vor wochenlanger Arbeitslosigkeit zu schützen, während der ein Stück des Hausrates nach dem andern veräußert werden muß. Die Erfahrung früherer Jahre bieten genügend Material, um ohne lange Beratungen zur Tat zu schreiten.

Soziale Rechtspredung.

Amtsgeheimnis und Fabrikinspektion. Vor dem Frankfurter Gewerbegericht spielte sich dieser Tage ein Fall ab, in welchem der beklagte Unternehmer behauptete, einen Lehrling nur deshalb entlassen zu haben, weil er der Gewerbeinspektion unberechtigte Beschwerde über seinen Betrieb gemacht habe. Das Gewerbegericht forderte die Akten von der Gewerbeinspektion, was diese aber ablehnte. Der Beklagte hat sich erboten, zu beschwören, daß ein Beamter der Gewerbeinspektion ihm bestimmte Mitteilungen habe zugehen lassen. Wenn alles das seine Richtigkeit hat und man bei Eingaben bei der Gewerbeinspektion der Diskretion nicht mehr sicher ist und bei den Unternehmern verraten wird, dann allerdings wird sich ein jeder Arbeiter doppelt überlegen müssen, die berechtigten Beschwerden an die maßgebenden Instanzen zu bringen. Es besteht ohnehin schon in weiten Arbeiterkreisen das Gefühl, daß bei manchen Revisionen zuviel auf den Arbeitgeber gehört wird, als man den Arbeitern Beachtung schenkt. Und wenn man dann noch so handelt, wie nach dem Fall vor dem Frankfurter Gewerbegericht, dann ist es kein Wunder, wenn die Gewerbeinspektionen sich über mangelhaften Verkehr, den die Arbeiter mit ihnen pflegen, zu beklagen haben. Uns selbst ist ein Fall bekannt, wo auf eine Eingabe hin seitens der Gewerbeinspektion der betr. Arbeiter vor das Bürgermeisteramt gerufen wurde. Dasselbst wurde in Anwesenheit des Bürgermeisters die Eingabe und der Unterzeichner bekannt gegeben. Das Gefährliche an der Sache ist, daß der Bürgermeister ein guter Freund der Fabrikanten ist, täglich mit denselben verkehrt und intim mit ihnen in jeder Beziehung steht. Sollte es da nicht allzuleicht möglich sein, daß den Fabrikanten der Name des Eingebenden bekannt wird? Was dann mit diesem geschieht ist bekannt: die Entlassung. Es wird gut sein, wenn einmal in den Parlamenten in dieser Sache überhaupt ein ernstes Wort geredet wird. Es kann so nicht weitergehen, wenn nicht unsere Gewerbeinspektion zu einer Defozation herabsinken soll.

Literarisches.

Das „Tagebuch für Evangelische Arbeiter 1909“ 3. Jahrgang, herausgegeben von Lic. Weber und Lic. Rumm, ist soeben erschienen.

Wie in den Taschenbüchern der beiden Vorjahre, finden sich auch in dem vorliegenden gut orientierenden Artikel über die wichtigsten sozialen Angelegenheiten. Behandelt sind u. a.: Das neue Vereinsrecht von Graef, das soziale Programm des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine von Lic. Weber, die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Lic. Rumm, die Wohnungsfrage von Küffler, Sekretär des Bundes deutscher Bodenreformer, Alkohol und Arbeiterstand von J. Gonsler, Arbeitgeberverbände von Dr. Kessler, Arbeiterinnenfrage von E. Söchtig u. c. Das Taschenbuch entspricht einem Bedürfnis der evangelischen Arbeiterschaft. Es ist dauerhaft gebunden zum Preise von 50 Pfg., mit Porto 60 Pfg. zu beziehen durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle Berlin N 31, Berolinerstraße 1. Bei Bestellung einer größeren Anzahl von Exemplaren tritt eine Ermäßigung des Preises ein. Im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung muß dem Taschenbuch die weiteste Verbreitung in der evangelischen Arbeiterschaft gewünscht werden.

Bezirksstag in Cöln!

Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags punkt 2 Uhr beginnt in der „Glückauf-Halle“ zu Cöln, Laurenzplatz, die Bezirks-Versammlung der im Regierungs-Bezirk Cöln gelegenen, und der angrenzenden Zahlstellen. Jeder Verbandsort muß vertreten sein. Alle Verbands-Mitglieder des Bezirks sind freundlichst eingeladen. Das Mitgliedsbuch legitimiert. — Wichtige Tages-Ordnung.

Tüchtige Möbelschleifer
auf Glaswände, für Innen- und Außenarbeiten.
Ing. Hermann, Hochstraße 12/13, Cöln.
Sengert & Söhne.

Tüchtiger Holzbildhauer
in allen Arbeiten besonders christl. Kunstwerke, Schnitzarbeiten, Tischlerarbeiten.
F. F. 4711 an Rudolf Wölfe, Freilanz 1 B.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor **G. STREICH**
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Anerkannt vorzügliche, einzig bestehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Direktion, Bayerschostrasse Nr. 115.

Für Schreiner!
Roberts Tischler, ca. 60 Jahre alt mit 300 Zeichnungen, 1—10jährig, für 20. 3. September 1908.
F. Ried, Hofplatz, Düsseldorf
Preis 22.

Eingelegte Fourniere
für Möbelsche, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften.
Eustach. Hiller, Marqueter, Heideberg, Theaterstrasse 7.

Detmold.
Grösste
Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reinhold.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formienlehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stilllehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.